

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 3 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 4

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreigespaltene Beitzteile oder deren Raum berechnet

Freie Bahn dem Tüchtigen.

Die „Bauwelt“ befaßt sich in ihrem Heft 15 in einem Artikel, der die vorstehende Ueberschrift trägt, mit zwei Aufschriften über die **Affordarbeit**, die wir vor kurzem im „Grundstein“ bekanntgaben. Bevor wir auf die Auslassungen der „Bauwelt“ selbst eingehen, wollen wir unsern Lesern mitteilen, daß die Redaktion der Zeitschrift Anhängerin der **Affordarbeit** — der Arbeiter natürlich — ist. Von unserer ersten Veröffentlichung drückt sie folgende Sätze ab: „Gelingt es nicht, die Affordarbeit in kurzer Zeit gänzlich auszuweiten, so tragen ihre Befürworter die Schuld, wenn immer mehr Bauarbeiter das Straßenpflaster treten. Das Schicksal wird besonders unsere älteren, im Dienst für das Kapital ergrauten Kollegen treffen, deren Arbeitskraft der ihrer jungen Kollegen nicht mehr ebenbürtig ist. Von einem Unternehmer ist nicht zu erwarten, daß er der alten, ausgepugenen Kraft, dem schwächlichen, unbeholfenen Arbeiter gegenüber viel Rücksicht nimmt, wenn sich geldhungrige Selbstsuchtlinge genötigt zur Verfügung stellen. . . Auch an sie tritt einst das Alter heran; es verschönt sie nicht. . . Als redlicher Mensch soll man seine Arbeitskollegen nicht verräther nennen; aber Affordarbeit ist ein Verbrechen an der Bauarbeiterschaft. Solange der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht. . . kann und darf es keinen Afford geben, soll das Wohl unserer „Mittelkollegen“ nicht gefährdet werden. Mehr und mehr bilden sich Affordkolonnen; sie führen ganze Bauten, ja ganze Kolonnen mauer- und putzertig aus. . . Das muß Erbitterung unter den arbeitslosen Kollegen erzeugen und die Solidarität, untergraben; deshalb fort mit jeglicher Affordarbeit zum Wohle der gesamten Bauarbeiterschaft.“

Tatsächlich, diese Sätze haben im „Grundstein“ gestanden, und wir wüßten nichts, was daran etwa nicht beachtet sei. Anders die „Bauwelt“. Nach ihrer Ansicht wird durch die Erschöpfung der Affordarbeit dem „Tüchtigen“ die Bahn verjährt. Wörtlich heißt es in der „Bauwelt“:

Es wird niemand, der menschliches Empfinden besitzt, die Frage verneinen wollen, die in der Lage des gealterten Beamten, der nicht mehr gegen seine jungen und frischeren Kollegen aufkommen kann, liegt; indes ist eine Milderung nicht auf dem Wege möglich, daß nun nicht mehr geeignete oder ungeeignete Arbeiter mit Gewalt durchgehalten werden, sondern nur auf dem Wege, daß die soziale Gesetzgebung in irgendeiner Form eingreift. Ganz verfehlt ist jedoch, den Fall des überalterten Beamten zu verallgemeinern und zu fordern, daß die Affordarbeit überhaupt beseitigt wird, um den einen Kollegen nicht vor dem andern hervortreten zu lassen. Damit nämlich bricht man — und insofern ist das Schreiben an interessantesten — mit dem von der Sozialdemokratie stets propagierten Grundsatz, daß die Leistung unserer Wirtschaft gesteigert und der Tüchtige freie Bahn haben müsse; denn nur dann, wenn es lediglich auf die Leistungen des einzelnen und nicht auf sein Alter und die Leistungen der übrigen ankommt, kann die „freie Bahn“ offen sein, und nur dann ist es möglich, daß Kenntnisse, Erfahrung, Zuverlässigkeit und Fähigkeiten ausschlaggebend sind. Mit welchen Schmähsungen ist das frühere, ungewisselhaft nicht zu lobende System der „Anciennität“, nach dem der ältere Beamte, ohne Rücksicht auf seine Leistungen, mehr verdient als der jüngere und diesem das Aufsteigen unmöglich machte, überhäuft worden; wie hat man gekämpft, um der Regierern die Möglichkeit zu geben, ältere Beamte zu pensionieren, und zwar selbst bei an sich unabsehbaren Beamten, wie zum Beispiel: Richter; nun aber, da die Arbeitererschaft selbst einmal merkt, wie bitter es ist, wenn man über den älteren Kollegen zur Tagesordnung übergeht, muß auf einmal die Solidarität gewahrt bleiben, und es darf nicht dahin kommen, daß der jüngere durch seine frischeren Kraft, durch seine bessere Auszubildung den älteren überholt. Nichts anderes als einen Bruch mit dem Grundsatz der „freien Bahn dem Tüchtigen“ bedeutet dieser von der Bauarbeiterschaft bezetene Standpunkt, und man kann kaum die Wandlung in den bisherigen Anschauungen sorgfältig genug registrieren; denn

lehten Endes ist hieraus der Schluss zu ziehen, daß es mit der „freien Bahn“ denen, die sie so stürmisch verlangten, keineswegs ernst war, sondern daß es sich nur darum handelte, aus politischen Gründen mißliebige Personen zu entfernen, andere an ihre Stelle zu setzen und dann das bisherige Protektions- und Anciennitätsystem, wenn auch mit andern Vorzügen, von neuem wirksam werden zu lassen.

Wir haben diesen langen Sermon der „Bauwelt“ mit der Absicht ganz hierhergesetzt, um unsern Lesern an einem Beispiel zu zeigen, wie eine „Zeitschrift“ für das gesamte Bauwesen mit absoluter Kenntnislosigkeit der Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe redigiert werden kann. Wir haben uns leider schon öfter mit der „Bauwelt“ beschäftigen müssen und wir haben ihre schon einmal geschrieben, daß sie in reaktionärem Sinne gefallen wird. Gute Freunde wollten uns damals eines andern belehren. Heute wiederholen wir unsern Vorwurf, denn aus dem von uns geperzten Satz geht hervor, daß es der „Bauwelt“ in der Hauptsache um eine politische Anpassung zu tun war. Diese beantworteten wir damit, daß wir erklären: „Was die Sozialdemokratie oder irgendeine andere politische Partei fordert, geht uns nur dann etwas an, wenn uns diese Forderung so gefällt, daß wir sie uns zu eigen machen.“ Weil es sich aber hier um die Forderung „freie Bahn dem Tüchtigen“ handelt, so teilen wir gleichzeitig mit, daß wir diese unterstützen und darum der „Bauwelt“ nahelegen, zukünftig mit der Bearbeitung der baugewerblichen Angelegenheiten einen „tüchtigen Sachverständigen“ zu beauftragen.

Sachverständig ist die „Bauwelt“ jetzt nicht, sonst würde sie wissen, daß die Bauarbeiter bisher noch keine Beamtenqualifikation haben. Wenn der alte Bauarbeiter durch jüngere Kollegen, die in Afford arbeiten, aus der Arbeit gedrängt wird, so ist er nicht nur arbeitslos, sondern auch ohne Einkommen. Wenn ein alter Beamter durch einen jüngeren aus seinem Amt gedrängt wird, so ist er nur arbeitslos, aber er bekommt keine Pension. Und es gibt nicht wenige pensionierte Beamte, die nebenbei noch mehr verdienen als ihre Pension beträgt. Dieser kleine, aber sehr wesentliche Unterschied wird vielleicht auch der „Bauwelt“ und ihren Geistesverwandten die Argumente unseres Mitarbeiters begreiflich machen. Sodann müssen wir die „Bauwelt“ dahin belehren, daß die „Tüchtigkeit“ durch die Affordarbeit im Baugewerbe nicht gefördert, sondern geschindert wird. Würden ihre Artikel von „tüchtigen“ Bauarbeitern geschrieben, so würde sie diese Lehre heute nicht nötig haben. Der tüchtige Bauhandwerker setzt seine Ehre darin, gute und dauerhafte Arbeit zu liefern. Der Affordwähler will recht viel Geld verdienen; wie die Arbeit beschaffen ist, die er leistet, ist ihm Nebenache.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch kurz darauf eingehen, warum wir im allgemeinen Gegner der Affordarbeit im Baugewerbe sein müssen. Unsere Ansicht darüber beruht auf jahrzehntelanger eigener Erfahrung und auf der Erfahrung von einigen Generationen unserer Kollegen. Und die sagt uns: 1. daß das deutsche Unternehmertum den Maßstab für den Arbeitslohn nicht an seinen eigenen Gewinn und an den Preis für das fertige Produkt anlegt, sondern in ihm lebt seit alters her das Bestreben, aus politischen Gründen das absolute Einkommen der Arbeiter möglichst niedrig und die tägliche Arbeitszeit möglichst lang zu gestalten. Die deutschen Unternehmer sind Feinde einer moralisch gefunden und politisch gleichberechtigten Arbeiterschaft. 2. Wenn die heutigen Bauunternehmer in Afford arbeiten lassen, so tun sie dies nicht, um der Allgemeinheit billigere Wohn- und Arbeitsräume zu geben, sondern weil sie dabei einen größeren Gewinn für sich erhoffen und die Arbeiter leichter um den wirklich verdienten Affordlohn betriegen können. 3. Weiß die Unternehmer früher, nachdem sie einige Zeit in Afford arbeiten ließen, wieder den Zeitlohn einführten mit dem Verlangen an die Arbeiter, nur zu dem geringeren Stundenlohn das gleiche wie bei dem höheren

Affordlohn zu leisten. 4. Weil betrügerische Kolonnenführer, Strohmänner und Unternehmer in unzähligen Fällen nicht nur durch betrügerische Aufmessungen, sondern auch durch Unterschlagungen die Arbeiter um Wochenlöhne betrogen haben. 5. Weil im Baugewerbe, abgesehen von einigen Spezialarbeiten, eine Affordberechnung für den einzelnen Arbeiter nicht möglich ist, sondern es kann nur im Gruppenafford gearbeitet werden. Dieser Umstand führt zu dauernden Meinungsverschiedenheiten mit den Aufsichtführenden und auch der Arbeiter unter sich. 6. Für die Zeitlohn sehen wir die Affordarbeit schon aus dem Grunde ab, weil noch viele Tausende deutscher Bauarbeiter arbeitslos sind. Und die „Bauwelt“ wird uns trotz aller ihrer „volkwirtschaftlichen“ Belehrungen nicht dahin bringen, daß wir es für richtig halten, daß 800 000 Kollegen arbeiten und mit ihren Steuern 100 000 andere Kollegen notdürftig so weit am Leben erhalten, daß diese täglich den Weg zum Wästel der Arbeitslosenkarte machen können. Wir halten es für einen sittlichen und materiellen Gewinn, wenn alle 400 000 arbeiten, das trägt mehr zur „Erleichterung“ bei als das von der „Bauwelt“ propagierte Affordsystem, das uns schon früher gebracht hat, daß Bauhandwerker, die mehrere Jahre in Afford arbeiteten, zu guter, solider Arbeit überhaupt nicht mehr zu gebrauchen waren. 7. Weil durch die Affordarbeit die Unfallgefahr bedeutend erhöht wird.

Da die „Bauwelt“ den Bauarbeitern den Vorwurf macht, sie hätten mit dem Grundsatz „freie Bahn dem Tüchtigen“ gebrochen, so wollen wir hierauf noch kurz eingehen. Die Zeitschrift legt an die Tüchtigkeit einen besonderen Maßstab an; sie betrachtet viel Arbeit mit guter Arbeit, sonst wäre ihr Gedankengang unmöglich. Nehmen wir an: Ein Mauerer habe in einer Tagesleistung gegen Stundenlohn nur 1 cbm Mauerwerk fertiggestellt, aber diese Arbeit sei so gefügt, daß sie Jahrhunderte überdauern kann. Ein anderer Mauerer habe im Afford 2 cbm fertiggestellt, in deren Innern sich allerdings Hohlräume befinden, die die Festigkeit so bedeutend beeinträchtigen, daß die Mauer nach 10 oder 20 Jahren auseinanderbröckelt. Ein anderes Beispiel: An zwei nebeneinander liegenden Bauten sind Betonböden einzubauen. Wirtschaftsmäßig soll die Mischung 1 zu 4 sein. Da an dem einen Bau in Zeitlohn gearbeitet wird, so werden alle beschriebenen Vorschriften befolgt. Der Bau kann 200 Jahre stehen. An dem zweiten Bau wird in Afford gearbeitet. Die Mischungsverhältnisse sind zwar die gleichen; da aber der Zement etwas weiter abseits der Baustelle lagert als der Kies, so spart man an ersterem. Oft ist darum die Mischung nur 1 zu 7 oder 1 zu 8. Das Mißgehen selbst geschieht nachlässig und hastig, denn man ist ja tüchtig. Tatsächlich hält auch zunächst diese Decke. Aber nach 3 Jahren muß man eine Maschine von einigen Zentnern Gewicht aufstellen. Dabei bricht man an einer Stelle durch die Decke. Folge: ein Arbeiter büßt sein Leben ein, ein zweiter seine gefundenen Gliedmaßen. Auf welcher Seite waren in beiden Fällen die „tüchtigen“ Arbeiter? Der Bauunternehmer wird sagen: „Bei der Affordarbeit; denn sie haben für das gleiche Quantum Arbeit weniger Lohn erhalten, außerdem haben sie weniger von dem teuren Baustoff verbraucht. Daraus folgt, daß mein Gewinn größer war, ergo sind die Arbeiter tüchtiger.“ Was aber sagt die Allgemeinheit? „Die Affordarbeiter waren untüchtig, denn sie haben Pfuscharbeit geleistet, die nach wenigen Jahren erneuert werden mußte; und außerdem Menschen unglücklich machten. Die Vergnügten und deren Angehörige leben jetzt auf allgemeine Kosten.“ Die hier angeführten Beispiele könnten von unsern Kollegen um Tausende vermehrt werden. Wir ziehen also ganz entgegengesetzte Schlüsse als die „Bauwelt“. Wenn ältere Kollegen bei der Affordwirtschaft hinter den jüngeren zurückbleiben, so ist damit nicht gesagt, daß sie untüchtiger sind. Meistens beruht dieses Zurückbleiben auf einer größeren beruflichen Erfahrung, die ihnen Pfuscharbeit als gewissenlos erscheinen läßt. Ein sicherer Schluss aber ist, daß die „Bauwelt“ nicht die Interessen der Allgemeinheit, sondern die Interessen der Baufürher betreibt

Im „Grundstein“ hat auch ein Kollege geschrieben: „Es können zum Beispiel bei einer Arbeit auf einem Schachte bei Schichtwechsel 100 Mann 2 Monate arbeiten. Die gleiche Arbeit stellen aber 50 Mann in der gleichen Zeit her, wenn sie in Afford arbeiten.“ Der Einsender wird nach dem vorher Gesagten nicht erstaunt darüber sein, daß die „Bauwelt“ seine Liebertreibung für ihre Zwecke benutzt. Da nun der betreffende Kollege nicht gleich dabei schrieb, daß die 50 Affordarbeiter ausgeflogen würden und über das Maß und den Umfang ihrer Kräfte hinausarbeiten, so nimmt die „Bauwelt“ an, daß dies auch nicht der Fall sei. Diese Zeitschrift für das gesamte Bauwesen weiß natürlich nicht, daß es im Baugewerbe seit jeher bestimmte Gruppen gab, die in Afford arbeiteten. Und wenn wir ihr nun mitteilen, daß die Angehörigen der schwer arbeitenden Gruppen in der Regel zwischen den Lebensjahren 35 bis 40 ihren Körper für ausgemergelt haben, daß sie auch für leichtere Bauarbeit nur noch kurze Zeit zu gebrauchen sind, so wird sie verstehen, warum unser Kollege das in seiner Zuschrift nicht besonders bemerkte. Das ist so selbstverständlich, daß ihm überflüssig erschien, es zu erwähnen, denn er schrieb ja für seine Kollegen. Die sonstigen Redensarten, die sich die „Bauwelt“ hinsichtlich der Leistung der Bauarbeiter leistet, sind so altbern, daß wir darauf nicht eingehen wollen. Nur eins möchten wir das Blatt fragen: Warum sind nach der Meinung der „Bauwelt“ nur die Arbeiter verpflichtet, an den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu denken, warum nicht auch die Unternehmer?

Die Reichsregierung und unser Arbeitslosigkeitprogramm.

Das „Korrespondenzblatt“ des ADGB schreibt in seiner Nr. 16 unter dieser Ueberschrift folgendes:

Der Vorstand des ADGB hatte dem Reichskanzler in einer Eingabe vom 26. Februar 1921 sowie in einer Reihe von Kabinetts- und Ministerialentscheidungen sein Arbeitslosigkeitprogramm unterbreitet und auf eine Durchführung der darin enthaltenen Forderungen hingewirkt. Der Reichskanzler hat unter dem 23. März jene Eingabe mit einem längeren Schreiben beantwortet, dessen wesentlichen Inhalt wir in gedrängter Kürze wiedergeben.

In dem Untervorschreiben des Reichskanzlers wird erklärt, daß die Reichsregierung der großen Arbeitslosigkeit die ernsteste Aufmerksamkeit zuzuwende und sich nicht auf die Gewährung des notwendigen Lebensunterhalts an die Arbeitslosen durch öffentliche Unterstützungen beschränke, sondern auch bereit sei, auf jedem gangbaren Wege den Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen. Im Jahre 1920 seien bereits eine Milliarde Mark für Erwerbslosenfürsorge, hieron 400 Millionen Mark in Form produktiver Erwerbslosenfürsorge, ausgegeben worden. Diese Summe erhöhe sich um den Anteil der Länder und Gemeinden auf das Doppelte. Auch im jetzigen Rechnungsjahr sollen öffentliche Arbeiten im weitesten Umfange in Angriff genommen werden, wofür auf die bereits vom Reichstag genehmigten Haushaltspläne des Reichsbudgets, Reichspost-, Reichsfinanzministeriums und anderer hingewiesen wird. Dabei sollen bei der Vergabe dieser Aufträge in erster Linie die Bezirke größter Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden, soweit dies mit dem Zweck des wirtschaftlichen Auftrags vereinbar sei. Ob die mit Aufträgen bedachten Unternehmer verpflichtet werden können, Arbeitslose einzustellen und eine verkürzte Arbeitszeit mit mehreren Schichten von Arbeitnehmern einzuführen, werde von dem Ergebnis einer bereits eingeleiteten Überprüfung durch einen paritätischen Ausschuss abhängen, der auch darüber entscheiden soll, ob neben den vorhandenen Betrieben einzelner Industriezweige noch andere geeignete Betriebe bei Vergabe der Aufträge herangezogen sind. Die Reichsregierung sehe es auch als ihre selbstverständliche Pflicht an, den Unternehmergewinn, der durch die öffentlichen Aufträge entfällt, auf ein Mindestmaß zu begrenzen, das den Verhältnissen und der finanziellen Lage des Reiches angemessen sei. Bei der Entlohnung der Arbeiter könne eine Verlebung der Löhne nicht in Frage kommen. Zur Erörterung dieser Fragen seien schon bisher Vertreter der Gewerkschaften hinzugezogen worden, und das solle auch weiter geschehen.

Gegen die Verkürzung der Arbeitszeit der Vollbeschäftigten äußert das Schreiben des Reichskanzlers bei warmer Anerkennung der Opferwilligkeit der beteiligten Arbeiter das Bedenken, daß dadurch sowie durch Einföhrung des Schichtwechsels die allgemeinen Unkosten der Produktion sich wesentlich erhöhen und daß diese Maßnahmen auch technisch nicht in allen Industrien und Betrieben durchführbar seien. Eine Ausprache mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern im Reichsarbeitsministerium habe zu dem Ergebnis geführt, daß die technische und wirtschaftliche Möglichkeit der Arbeitsreduktion für einzelne Industrien noch besonders durchgeprüft werden müsse, was in paritätischen Ausschüssen der Zentralarbeitsgemeinschaft und auf Grundlage von Fragebogen geschehen solle. Bis zur Entscheidung dieser Ausschüsse glaube die Reichsregierung, ihre Entscheidung zurückstellen zu müssen, ebenso die Frage, ob die Sturzarbeiterunterstützung gemäß Ziffer 7 der Forderungen umgestaltet sei. Denn erst dann lasse sich beurteilen, wie groß die neue Belastung des Wirtschaftslebens und der öffentlichen Verbände sein werde. Unabhängig davon solle geprüft werden, ob der Sturzarbeiterunterstützung in ihrer jetzigen Form stärkere Wirkung verliehen werden könne.

Hinsichtlich der Behebung des Baugewerbes erklärt das Schreiben, daß bereits 1918 bis 1920 allein aus Reichsmitteln 1620 Millionen Mark zur Unterföhrung des allgemeinen Wohnungsbaues und 300 Millionen Mark zur Unterföhrung des Baues von Vergamungswohnungen aufgewendet worden seien. Bis 1920 seien insgesamt 4 1/2 Milliarden Mark öffentlicher Mittel für den Woh-

nungsbaue aufgewendet worden. Im Haushaltsjahr 1921 seien je 1 1/2 Milliarden Mark für allgemeinen Wohnungsbaue und für Vergamungswohnungen und daneben noch 700 Millionen Mark aus der Hofabgabe, insgesamt 3,7 Milliarden Mark, angelegt. Die Baufähigkeit habe in diesem Frühjahr auch bereits lebhaft eingesetzt. Die Reichsregierung sei entschlossen, die Baufähigkeit auch weiter zu fördern.

Die Zahl der Arbeitslosen, so bemerklich sie auch angewachsen ist, sei immer noch geringer als die Ziffern anderer Länder, und auch das Zeitmaß ihres Wachstums sei durch die Maßnahmen der Reichsregierung zweifellos wesentlich verlangsamt worden. Freilich sei nicht damit zu rechnen, daß die Maßnahmen irgendeiner Regierung die Arbeitslosigkeit in Deutschland ganz beseitigen könnten. Das könne nur erreicht werden, wenn die Weltwirtschaft als Ganzes gesunde und wenn der deutschen Volkswirtschaft die Möglichkeit gegeben werde, dazu mit ihren besten Kräften beizutragen.

Ablehnend verhält sich das Schreiben des Reichskanzlers gegenüber einer Erhöhung der laufenden Erwerbslosenunterföhrungen, nachdem die Geltung der erhöhten Winterföhrsätze bereits bis zum 1. Mai dieses Jahres verlängert worden ist, trotz der nicht unwesentlichen gesunkenen Lebenshaltungskosten in den letzten Wochen. Weiter könne die Reichsregierung nicht gehen, wenn sie die finanzielle Lage des Reiches, der Länder und Gemeinden pflichtgemäß würdige. Das Schreiben verweist neben der gesetzlichen Unterföhrung auf den Weg der Wohlfahrtspflege öffentlicher oder gemeinnütziger Verbände. Schließlich verweist der Reichskanzler, daß die Einhebung der Reichssteuern im vollen Gange sei und das Reichsnotopfer bereits zum Teil eingezogen werde.

Zu diesem Schreiben der Reichsregierung ist zu bemerken, daß der Hinweis auf die bereits verausgabten Milliarden den Arbeitslosen wenig helfen kann, zumal dabei wohl erst noch besonders zu unterföhren wäre, wenn der Advenantent dieser verausgabten Milliarden angewendet worden ist. Daß davon auf die Arbeiter nur der geringste Teil entfällt, während die weitaus größten Summen von den Unternehmern für Materialpreise und Reiseerträge verrecknet werden, ist ja längst bekannte Tatsache.

Was bei den gegenwärtigen Aufträgen des Reichspost- und Reichsverkehrsministeriums für die Arbeitslosen herauskommt, dafür liefern die Verhandlungen mit diesen Ministerien einige drastische Beispiele. Als eine Kommission aus Vertretern der für solche Arbeiten in Betracht kommenden Gewerkschaften mit dem Reichspostministerium besonders beschwerte, erklärte der Reichspostminister: er habe keine Aufträge zu vergeben. Die bis dahin erteilten Aufträge seien Hofhandarbeiten gewesen. Als dann doch einige dringliche Arten von Arbeiten ermittelt werden konnten, machten die Unternehmer der Betriebe, die solche Arbeiten ausführen, die größten Schwierigkeiten gegen die Einstellung von Arbeitslosen. Nur bei Materialarbeiten wollten sie die Möglichkeit abgeben, lehnten aber alle besonderen Bedingungen für diese Einstellung ab.

Im Reichsverkehrsministerium, das angeblich Aufträge in Höhe von 16 Milliarden Mark zu vergeben hat, kommen 7,5 Milliarden für Lokomotiven und Waggons in Betracht. Auf diesem Gebiet beherrscht der Ring der Verbände der Lokomotiv- und der Waggonfabrikanten vollständig die Preisgestaltung, so daß das Verkehrsministerium ihm gegenüber ohnmächtig ist. Wieviel Maschinen und Waggons für die 7,5 Milliarden Mark des Haushaltsplanes zu bauen sind, bestimmt nicht das Ministerium, sondern der Unternehmer. Ebenso läßt sich dieser in die Arbeitsbedingungen nicht hineinreden. Nur in Sachen was man unter der Voraussetzung, daß dorthin Aufträge vergeben werden, zu einer Verhandlung bereit. Auch weigern sich die Herren, weitere Betriebe zur Ausführung solcher Arbeiten heranzuziehen.

Sieht man von diesen Aufträgen ab, so bleiben höchstens 1 1/2 Milliarden Mark für den Ausbau von Werkstätten und für Reparaturarbeiten übrig, über die eine Verhandlung zu erzielen sein wird. So sieht es mit den diesen Aufträgen aus, die das Reich zu vergeben hat.

Was schließlich die Einstellung der Arbeitslosen in die Betriebe anlangt, so ist die Reichsregierung ja zur Durchführung aller Möglichkeiten durch sachverständige paritätische Kommissionen bereit. Ob das aber der geeignete Weg ist, das Arbeitslosenproblem zu lösen, erscheint uns recht fraglich. Denn die solche durch Fragebogen vorbereiteten Prüfungen durchgeführt sind, und ehe die Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Verhandlung darüber erfolgt ist, dürfte die Arbeitslosigkeit katastrophal angewachsen sein. Es kommt uns angeht, die Antwort der Reichsregierung beinahe so vor, als ob man dort den furchtbaren Ernst der Situation noch nicht völlig begriffen habe und glaube, mit Beteuerungen, Versprechungen und allerlei Bedenken, tiefergehenden Untersuchungen und kleinen Zugeständnissen an der ganzen Frage vorbeizukommen. Demgegenüber kann nicht nachdrücklich genug vor einer solchen dilatorischen Behandlung gewarnt werden. Wenn die einzelnen Reichsverwaltungen außerstande sind, ihre Aufträge so zu vergeben, daß sie in erster Linie der Beschäftigung von Arbeitslosen zugute kommen, dann bleibt nur der Weg der gesetzlichen Regelung mit Hilfe des Einstellungs- und Betriebsregelungsamtes übrig, und wir werden diesen Weg mit aller Mächtigkeitslosigkeit beschreiten, sobald wir erkennen, daß Unternehmer und Regierung sich der Rücksicht auf die Arbeitslosen entledigen.

Bolschewistischer Streifblödsinn.

Der „Courier“ veröffentlicht in seiner Nr. 20 eine „nette“ Geschichte über den Geist der unter den kommunistisch orientierten Hafenarbeitern Stettins herrscht. Dort werden regelmäßig Dampfer entladen, die Erz aus Schweden für deutsche Hüttenwerke bringen. Die Erzgewinnung wird in Schweden nur zum kleinen Teil von berufsmäßigen Bergarbeitern betrieben. Meistens sind die Beschäftigten sogenannte Wanderbögel, die nur vorübergehend die schwere Erzgewinnung auf sich nehmen. Wir

können uns vorstellen, daß die Unternehmer diese Leute in ähnlicher Weise behandeln, wie es früher im deutschen Tiefbaugewerbe üblich war. Folge: Streit und Streiks. Die Mannschaft der Grube packt ihre Bündel und wandert ab. Jemandemann sendet ein Telegramm nach Stettin. Hier ist Streit, Dampfperren! Die Stettiner Hafenarbeiter üben Solidarität und entladen die Dampfer nicht. In Schweden ist jedoch der Streit längst beseitigt. Natürlich konnte nun in Schweden ein Erzdamper wegen Streiks nicht beladen werden. Die Schiffsmannschaften waren meist Kommunisten, die sich zuerst weigerten, die Arbeit zu verrichten. Als je jedoch 25 000 M. extra bekamen, ging die Solidarität in die Brüche und sie beluden das Schiff. Während der Reise kehrte das Solidaritätsgefühl zurück und in Stettin teilten sie den Hafenarbeitern mit, daß das Schiff von Streikbrechern beladen sei. Schamhaft verschwiegen sie jedoch, wer die Streikbrecher waren. Aber die Sonne brachte es an den Tag. Jedoch die Hafenarbeiter freiteten, um den Dampfer nicht zu entladen. Das nun mit einem „Matel“ besetzte Schiff sollte sich dadurch reinigen, daß es mit der Ladung die Reise nach Schweden und zurück noch einmal machte. Die Streikbrecherkommunisten hatten wohlweislich abgemustert.

Ist das nun ein Stöckchen aus Schilddürr, aus Treptow oder aus Siskau?

Aber diese Karzelle sollte von den Stettiner Marxen selbst noch überboten werden. Von Dänemark kam das Ersuchen, eine in Stettin liegende und für ein Sowjetrußland bestimmte Ladung Saagut zur Verladung zu bringen. Der Vertreter der russischen Sowjetregierung kam persönlich in die Hafenarbeiterversammlung, um dort seinen Gesinnungsgenossen zu sagen, daß die Ladung jetzt beschifft werden müsse, wenn die Saat in diesem Jahre noch Frucht für das hunderte russische Proletariat bringen solle. Es hat der russische Bolschewist die Stettiner Bolschewisten, für diesen Fall ausnahmsweise den Streik beseitigt zu lassen und die Ladung zu verladen. Es half nichts. Er wurde schon nach wenigen Sätzen von den Versammelten zur Ruhe gebracht. Bei diesen hieß es: Usnahmen werden nicht gemacht, wir streifen! Der Sowjetvertreter beklagte sich dann beim Transportarbeiterverband über die Not, die er alle Augenblicke mit den Stettiner Hafenarbeitern habe. Er erkundigte sich, ob vielleicht die deutsche Regierung ihm helfen könne. — Soll man lachen oder weinen? Der bolschewistische Vertreter einer bolschewistischen Regierung sucht vor seinen bolschewistischen Glaubensgenossen in Stettin Schutz bei der kapitalistischen deutschen Regierung! Wie sehr mag er bedauert haben, daß in Deutschland nicht die bolschewistische Diktatur herrscht; denn dann würden die Stettiner Bolschewisten innerhalb einer Stunde an der Arbeit gewesen sein oder Maschinengewehre, Gefängnisse und Konzentrationslager hätten mit diesen „Konterrevolutionären“ aufgeräumt.

Durch diese Geschichte werden wir an eine andere erinnert, die sich in den letzten Wochen im Baugewerbe einer deutschen Stadt abspielte, in der wir unsere Bezirksverein wegen der bolschewistischen Umtriebe aufgelöst haben. Unser Verein ist inzwischen neu aufgebaut. Dort stehen die Bauarbeiter mit den Unternehmern in Lohnstreitigkeiten. Die Kollegen wollen streiken. Zimmerer und die zum Deutschen Bauarbeiterverband gehörenden Kollegen wollen den Streik auf der ganzen Linie eröffnen, die abgeplattete bolschewistische Zelle aber will nicht. Sie will den partischen Streik. Warum? Haben sie bisher nicht stets den Generalstreik als das alleinigenmachende Mittel angepriesen? Um ja, schon, aber — das war ja nur Agitationsmittel gegen die „Gewerkschaftsbesonen“. Nun aber wollen sie vom Generalstreik nichts wissen; denn dieser soll sich gegen die privatkapitalistischen Unternehmungen richten, sie aber wollen partisch streiken — bei den Genossen, um diese zu zerföhren. Das ist ihr Kampf gegen das Kapital. Blödsinn, dein Name ist Bolschewismus!

Berichte.

Cöln. Im Cölnner Baugewerbe ist die Affordarbeit nur in den Berufen zulässig, wo ein von Organisation zu Organisation abgefolgter Affordarbeit besteht. Dies ist nur im Stuck-, Fußer- und Fliesenlegergewerbe der Fall. In allen anderen baugewerblichen Berufsgruppen bestehen, soweit der Bauarbeiterverband zuständig ist, keine Affordarbeiten; in diesen ist daher die Affordarbeit verboten.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß trotz der Unzulässigkeit, im Widerspruch mit dem Tarifvertrage und den Verbandsbeschlüssen, in Afford gearbeitet wird. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Arbeitgeberverbände die treibenden Kräfte sind, um durch wilde Affordwirtschaft die Gewerkschaften zu zwingen, ihren Widerstand gegen die tarifliche Einföhrung der Affordarbeit aufzugeben. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß Unternehmer, die im Maurer-, Zement- und Betonbaugewerbe sowie im Tiefbaugewerbe in Afford arbeiten lassen, ebenso Vertragsbruch begehen wie die Arbeiter, die sich dazu mißbrauchen lassen. Die Verbandsleitung ist gewillt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die wilde Affordarbeit einzuschreiten. Sie wird nicht davor zurückbleiben, die Autoren zu sperren, wo verbotswidrig in Afford gearbeitet wird. Wo es sich dabei um Verbandsmitglieder handelt, die trotz Aufforderung die wilde Affordarbeit nicht unterlassen, da haben es sich diese Kollegen selbst zuzuschreiben, wenn sie aus dem Verbands ausgeschlossen werden. Wir geben sie der Hoffnung hin, daß die Einföhrung der kollegen solche Maßnahmen nicht notwendig machen wird, indem sie es ablehnen, den Unternehmern Selbstensdienste zum Schaden der gesamten Bauarbeiterchaft zu leisten. Denn darüber muß sich auch der Mächtigste klar sein, daß die Unternehmer bei der Einföhrung der Affordarbeit nicht den Bauarbeitern nützen wollen, sondern einzig und allein ihren persönlichen Vorteil im Auge haben. Wer angeht, der großen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe die Affordarbeit fördert und dem Unternehmertum dazu Helfersdienste leistet, dem geht jedes Mißgeschick für die Arbeitslosen ab; der weiß nicht, was das Wort Solidarität bedeutet; er denkt nur an sich. Aber er handelt auch gegen sich selbst.

Er weiß recht gut, daß dort, wo 8 Mann im Afford mauern, mehr auf den Haufen gemurft wird, als wenn 12 Mann im Lohn arbeiten und ein ordentliches Stück Arbeit zuwege bringen. Er weiß ferner, daß zum Affordmüßen nur Kollegen geeignet sind, die sich im Wohlsein ihrer Arbeitstraft befinden, und daß ältere und schwächere Kollegen diese Strapazen nicht aushalten. Er vergißt aber auch das Sprichwort: „Heute mit, morgen Dir.“ Heute arbeitet er noch in Afford, er wird durch ihn mitverschuldet Arbeitslosigkeit. Nachdem er einige Wochen auf Kosten seiner Gesundheit, zum Erhalten der Allgemeinheit und zum Ruhen des Unternehmers ein paar Mark mehr verdient und verbraucht hat, will er dann selbst das Los der Arbeitslosen. Es ist somit nur unsozial, es ist auch direkt widerförmig, zu glauben, die wilde Affordarbeit nütze den Arbeitern; den Nutzen hat der Unternehmer. Daher, Verbandskollegen, seid auf der Wacht. Wirkt aufläuternd und laßt Euch nicht eines gemeinlichen Wortes willen gegen Euer eigenes Wohl misshandeln. Wer verbottwidrig in Afford arbeitet, der muß als Schädling behandelt und sein Tun mit der Handlungsweise des Streifwächters auf eine Stufe gestellt werden.

Es ist Pflicht unserer Baubelegierten und aller Kollegen, unter Lohngebiet von diesen Mißständen zu befreien. Die Gemeinschaft muß aufstehen mit Leuten, die durch wildes Affordarbeiten beunruhigt und trotz Verwarnung den Unternehmern helfen, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern.

Schwäge. Es wird uns geschrieben: Daß die Schlichtungsausschüsse öfters ungläubliche Schiedsprüche fällen, ist im „Grundstein“ Nr. 17 aus Frankfurt a. M. gemeldet worden. Daß aber auch die Demobilisierungskommissare in letzter Zeit das Weitreben haben, immer mehr die Vorteile der Unternehmer zu wahren, geht folgender Fall: Die Schwäger Unternehmer lehnten es ab, die bezügliche Vereinbarung vom 17. Dezember 1920 anzuerkennen. Danach sollte der Stundenlohn vom 16. Dezember an 5,50 M und vom 16. März an 5,70 M betragen. Der von unsern Kollegen angerechnete Schlichtungsausschuss in Cassel entschied am 9. März, daß die bezügliche Vereinbarung für die Schwäger Unternehmer nicht in Frage komme, weil sie nicht Mitglied des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes seien. Jedoch sei ein Lohn von 5,25 M bis zum 15. März und von 5,45 M bis zum 16. März an als angemessen zu erachten. Diesen Schiedspruch lehnten die Unternehmer ab. Die daraufhin von der Vereinstellung kommissionierte Verbindlichkeitsklärung wies der Demobilisierungskommissar mit folgenden Gründen zurück:

Die 9 Arbeitgeber, die als Baubetriebsinhaber von Gehwege und Umgegend bezeichnet werden, beschäftigen zurzeit etwa 60 bis 70 Leute, die meisten nur 2 bis 3, einzelne Firmen auch mehr Arbeiter. In Bauaufträgen stellt es fast völlig, so daß die meisten Leute mit Arbeiten auf dem Hofe beschäftigt werden, die ebenjot unterbleiben könnten und nur den Jved haben, die Leute nicht der Arbeitslosigkeit zu überlassen. Die Abne, die für die jot als Poststandsarbeit zu bezeichnende Beschäftigung gewährt werden, finden in irgendwelchen Zahlungen an die Unternehmer keine Deckung; sie müssen vielmehr aus dem Vermögen des Unternehmers entnommen werden. Es liegt auch kein Grund wirtschaftlicher Art vor, diese Arbeiten ausführen zu lassen, sondern nur das Weitreben, die Leute nicht der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung zu überlassen. Unter Berücksichtigung dieser schädlichen Lage des Baugewerbes und im Hinblick darauf, daß die Preise der Lebensmittel in der letzten Zeit nicht mehr gestiegen sind, sondern die Neigung zum Fallen zeigen, kann ich keinen zureichenden Grund erkennen, den vorliegenden Schiedspruch für verbindlich zu erklären.

Diese Gründe können und werden wir nicht gelten lassen; sie sind übrigens schon zu bekannt. Danach beschließen die Schwäger Unternehmer nur Arbeiter aus reinem Realismus, nicht etwa, um selbst zu verdienen, sondern nur, um von ihrem Vermögen zuzuflehen. Es sind dieselben Gründe, die die Unternehmer in allen Verhandlungen vorbringen, die aber in Wirklichkeit nur leere Ausreden sind. Das ist den Herren oft genug gesagt und mit Beweisen belegt worden. Die Hauptbedenken bestehen in der Hauptfache im Anfertigen von Treppentritten, Kästen, Grabdenkmälern, Wandumfahrungen aus Sandstein und Zement. Daß sich der Demobilisierungskommissar die Ausreden der Unternehmer zu eigen macht, übertrifft uns nicht, zeigt aber, daß es immer aussichtsloser wird, die geschädigten Schlichtungsausschüsse anzuerkennen. Kollegen, Euch rufen wir zu: Es genügt nicht, nur Beiträge in die Organisation zu zahlen, sondern mitzuarbeiten. Jeder einzelne muß ein Kämpfer werden. Nur dann werden wir in Zukunft wieder Schlichtungsausschuss noch Demobilisierungskommissar nötig haben.

Hamburg. In der außerordentlichen Vertreterversammlung am 2. Mai berichtete Kollege Müller über den Ausgang der wegen einer Lohnerhöhung mit den Unternehmern geführten Verhandlungen. In der Verhandlung zum 30. März hatten sie jede Lohnerhöhung abgelehnt. Auch das Bezirkslohnamt lehnte am 18. April jegliche Zulage ab. Es konnte keine wesentliche Vertueerung festgestellt. In einer Verhandlung am 20. April wollten die Unternehmer Zugeständnisse machen, wenn wir uns verpflichteten, keine weitere Forderungen vor dem 31. Dezember 1921 zu erheben. Dies lehnten wir ab. Weiter forderten die Unternehmer für die einzelnen Lohngebiete gestaffelte Abne sowie Abbruch des Streiks der Gipser. Auch verlangten die Tiefbauunternehmer, daß die Erhöhung der Abne für Tiefbauarbeiter nicht abhängig gemacht werden dürfe von der des Hochbaues. Obgleich wir dieses Annehmen ablehnen mußten, kam es am 25. April zu einer weiteren Verhandlung, die aber ergebnislos verlief, weil die Unternehmer zunächst den Abbruch des Gipserstreiks vorbereten, angeblich um eine Verhandlungsgrundlage zu schaffen. Mit Zustimmung des Verbandsvorstandes beschließen die Gipser an demselben Tage, ihren Streik aufzugeben. In den darauf am 27. April fortgeführten Verhandlungen folgte es einen harten Kampf, ehe es zu einer Einigung kam, wonach im Hochbau sowie im Betonbau-Gewerbe, einschließlich aller Spezialgruppen, vom 20. April an als Zulage auf die Stundenlöhne zu zahlen ist: Im Lohngebiet I 50 3, im Lohngebiet II 30 3, im Lohngebiet III 20 3 und im Lohngebiet IV 10 3. Für Gipser

und Stufateure ist der Stundenlohn um 10 3 höher. Die Tiefbauarbeiter sind von dieser Lohnerhöhung vorläufig ausgeschlossen. Redner empfiehlt Annahme des Angebots in folgender Entschlußfassung:

Nach Entgegennahme des Berichtes durch den Vorstand beschließt die heutige Vertreterversammlung folgendes: Die Versammlung bedauert lebhaft, daß das Bezirkslohnamt auch diesmal aus formalen Gründen wegen der Worte „wesentliche Vertueerung“ im Tarifvertrage den Hamburger Bauarbeitern die notwendige Erhöhung der Abne vorenthalten hat. Sie erkennt dadurch, daß der Reichsarbeiterrat gerade in dieser Beziehung unbedingt einer Abänderung bedarf. Die dann ohne das Lohnamt zwischen den Tarifvertragskontrahenten vereinbarten Lohnzuschläge, zahlbar vom 20. April 1921 an, tragen den Verhältnissen durchaus keine Rechnung. Vor allem bedauert sie aus schärfste, daß durch die weitere Staffellung der Zulagen für die einzelnen Lohngebiete die Vertragsstreue der Unternehmer abermals in sehr starker Weise untergraben wird. Wenn die Versammlung trotzdem dem Angebot zustimmt, so aus dem Grunde, weil die Verhältnisse vorläufig eine andere Regelung nicht zulassen und weil die Bauarbeiterschaft die jetzige Zeit für nicht geeignet hält, ihre gerechten Forderungen durch Störung des Wirtschaftslebens durchzusetzen. Mit der während der Verhandlungsperiode geführten Haltung der Lohnkommission ist die Versammlung einverstanden.

In der Aussprache bezeichnen fast alle Redner das Erfordernis als ungenügend. 2 Redner traten für Ablehnung ein und beruhten hierfür die Aufhebung des Gipserstreiks. Einer dieser Redner befürwortete, den Kampf auf breiter Grundlage mit Hilfe des Gewerkschaftsbundes aufzunehmen. Die übrigen empfahlen Annahme des Angebots. Auf die einzelnen Einwände eingehend, legte der Vorsitzende dar, daß das Gebotene, dem Zwange der Verhältnisse entsprechend, angenommen werden müsse. Es abzulehnen, würde keiner der ablehnenden Redner verantworten wollen. Daß die Gipser ihren Streik zugunsten der übrigen Bauarbeiter mit Zweidrittelmajorität beenden, sei ein schönes Zeichen von Solidarität. Die Abstimmung ergab gegen etwa 20 Stimmen die Annahme des Angebots. In der Frage „Lohnzulage für die Tiefbauarbeiter“ beauftragte die Versammlung den Vorstand, gegen die Tiefbauunternehmer vorzugehen.

Kammerfein i. Westpr. Hier stehen die Maurer mit den Unternehmern in Lohnstreitigkeiten. Wir bitten, Zugang fernzuzulassen.

Neubrandenburg i. M. Ueber die Firma G i n y in Neubrandenburg ist die Sperre verhängt worden, weil sie sich weigerte, die tariflichen Löhne zu zahlen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Feststellungsergebnis vom 2. Mai.

Auch diesmal ergab unser Feststellungsergebnis einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im ganzen, in einigen Bezirken jedoch eine Zunahme. Auf je 100 der Mitgliederzahl betrug die gesamte Arbeitslosigkeit 4,65 gegenüber 5,13 am vorigen Festtage. Im Bezirk Königsberg hat dies Verhältnis von 15,9 auf 16,6 zugenommen, ebenso in Danzig von 11,9 auf 14,0, im Bezirk Frankfurt von 6,2 auf 6,3, im Bezirk Karlsruhe von 2,3 auf 2,4, im Bezirk Dortmund von 0,1 auf 0,2. Unverändert blieb die Arbeitslosigkeit in den Bezirken Bremen mit 3,4 und Erfurt mit 2,4 Mitgliederunterstützten. In den übrigen Bezirken ging die Arbeitslosigkeit zurück. Im Bezirk Stuttgart ist wie im Königsberger Bezirk und in Danzig immer noch mehr als ein Zehntel der Mitgliedschaft arbeitslos. — Auf je 100 Mitglieder betrug die Zahl der Unterstützungsempfänger 1,70, in der Vorwoche 1,92.

Bezirk	Jahr der Vereine		In den bestehenden Vereinen		In den bestehenden Vereinen waren am Feststellungstage arbeitslos		Zusammen								
	ingesamt	haben bisher noch keine Mitglieder	in der Woche	in der Woche	Maurer	sonstige									
Königsberg	16	16	15679	1071	985	970	17	6	625	2608					
Danzig	1	1	2936	99	26	127	—	2	—	255	410				
Stettin	87	87	12193	143	82	140	—	1	—	196	419				
Breslau	54	54	33904	288	107	343	7	11	2	2	115	587			
Berlin	78	78	45091	722	1126	2262	56	171	3	6	41	3665			
Magdeburg	55	55	28878	631	97	411	—	3	—	—	2	513			
Erfurt	49	49	16499	235	113	209	2	1	—	—	71	396			
Frankfurt	17	17	329	1075	584	1131	23	5	6	5	363	2067			
Dortmund	15	15	35570	270	46	297	17	3	—	—	2	19	584		
Bonn	15	15	32084	22	5	45	1	—	—	—	—	2	53		
Darmstadt	49	49	21989	68	10	40	—	2	—	—	—	68	121		
Bremen	30	30	12774	165	104	216	—	1	—	—	—	108	436		
Hamburg	74	74	33661	453	420	309	48	15	—	—	—	1	265	1056	
Köln	69	69	6455	463	42	58	—	—	—	—	—	—	16	115	
Dresden	15	15	21369	460	808	1281	10	4	1	4	4	47	1715		
Wuppertal	62	62	32819	564	80	512	17	4	2	—	—	—	1115	1730	
München	21	21	21372	776	210	1102	2	41	—	—	—	—	2	406	1767
München	31	31	27773	283	160	788	4	21	10	3	77	—	—	1088	
Stuttgart	17	17	16628	274	286	1043	4	131	4	—	—	—	4	888	1788
Karlsruhe	12	12	26522	277	97	454	13	16	—	—	—	—	—	48	628
Zusammen	752	752	467205	7919	1878	11738	221	445	29	27	4368	21706			

Arbeitsmarkt.

In Köln i. M. sucht das Baugeschäft Stieglers & Co. Maurer. Meldungen beim Vereinsvorsitzenden Hermann Gohlt, Bergstraße 43.

Die Arbeitsgenossenschaft Magdeburg stellt sofort 40 Maurer ein, davon 20 Mann in Wangleben; Stundenlohn 5,70 M. Stellen für Verpflegung und Unterkunft übernimmt die Firma. Meldungen beim Polizei-Wahlamt in Klein-Wangleben, 20 Mann in O f e r s e d e n ;

Stundenlohn 6 M. Unterkunft bezahlt die Firma. Meldungen beim Polizei-Wahlamt in der Zuderaffinerie.

In Meiningen, Kreis Arnstberg in Westfalen, ist die in Nr. 18 des „Grundstein“ beantragte Nachfrage nach Arbeitskräften vorläufig abgelehnt. Dies diene allen Mitgliedern zur Kenntnis, die deswegen schriftlich anfragten.

Unsere Arbeitsvermittlung im März.

Dem Statistischen Reichsamt sind 7 Nachweise und die Zentralstelle angeschlossen. Der Nachweis in Annaberg hat seine Tätigkeit eingestellt. Ergebnis ist wegen dauernder Nichtmeldung gestrichen. Götting und Halle haben nicht berichtet. Ueberblick über die Vermittlungstätigkeit.

Im Monat März	Maurer	Bauhilfsarbeiter	Betonarbeiter	Schlichter	Stellmacher	Stellungslos	Erdbauer	Sonstige	Zusammen
wurden angefordert	124	58	14	17	3	—	51	6	273
vermittelt	124	58	14	15	3	—	51	6	271

Von den 273 angeforderten Arbeitskräften sind 271 vermittelt worden; das sind 99,28 auf je 100 Angeforderte. Die Vermittlung verteilt sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Es wurden vermittelt auf je 100 angeforderte Maurer 100, Bauhilfsarbeiter 100, Betonarbeiter 100, Stufateure und Putzer 88,23, Friesenleger 100, Flotierer und Steinfolleger —, Erdbauer 100, sonstige Arbeiter 100.

Eröffnung der Akademie der Arbeit.

Am 2. Mai versammelten sich in Frankfurt a. M. in der Universität die Spitzen der Behörden, die Leitung und Schüler der Akademie der Arbeit zu der feierlichen Eröffnung dieser neuen Lehranstalt. Der Leiter der Akademie, Herr Dr. Rosenstock, hielt die Eröffnungsrede recht herzlich willkommen, dabei hinweisend auf den tiefen Ernst des Vorhabens. Dann nahm zu einer kurzen Ansprache der neue preussische Kultusminister, Herr Wedekind, das Wort. Er begrüßte die Akademie der Arbeit mit einem vom Stapel gelassenen Schiff. Dieses Schiff, das noch nicht ausgebaut ist, jetzt auszubauen, muß die Aufgabe aller Beteiligten sein. Er dankte allen, die bei der Gründung der Akademie mitgewirkt haben für ihre Opfer und versprach im Namen der Staatsregierung, immer und zu jeder Zeit die Akademie, ihrer tiefen, ersten Bedeutung entsprechend, zu hegen und zu pflegen. Herr Oberbürgermeister Dr. Voigt begrüßte die Eröffnungsfeier im Namen der Stadt Frankfurt a. M. Den Schwierigkeiten bei der Gründung der Akademie gedenkend, hob er besonders die Verdienste des Finanzministers Ludemann, des Kultusministers Gaentzsch, der Herren Prof. Dr. Singerheimer und Dr. Bape und des Frankfurter Stadtbürgermeisters Thomas hervor. Letzterer hat besonders den Gedanken in den Kreisen der Gewerkschaften lebendig gemacht und ohne deren Mithilfe sei eine Verwirklichung des Gedankens nicht möglich gewesen. Der Rektor der Universität, Herr Professor Schönflies, erklärte in einer Ansprache, daß die Universität alles tun werde, um der Akademie die Arbeit zu erleichtern. Thomas übermittelte Grüße im Auftrag der Gewerkschaften und des Bundes für Volksbildung der Arbeiterklasse das größte Interesse an dem Blühen und Gedeihen des Instituts hätte. Sie sei sich dessen bewußt, daß sie, obwohl sie alles, was sie für Bildung tun konnte, getan habe, doch noch viel nachholen müsse. Wenn sie und da der Gedanke ausgeprochen werde, es handle sich um eine sozialistische Parteischule, um die Gründung zu hindern, so wolle er als Rektorsamt und Grundbesitzer für Lehrer und Schüler hier zusprechen: „Erkenne die Wahrheit! Durch Wahrheit wird du frei werden!“ Mögen unsere Freunde dabei erkennen lernen, daß geistig Schaffende ebenfalls Schwere zu leisten haben. Mögen aber auch unsere Studierenden, unsere späteren Richter, Aerzte usw., begreifen lernen, daß große geistige und schöpferische Kräfte unter einem schlichten Arbeitsmittel und einer bescheidenen Mithilfe herbeizubringen sein können. So wollen wir voneinander, untereinander und durcheinander lernen, und die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht als Helfer am Rande der Wissenschaft verkommen lassen. Große Mühe hat es gekostet, alle Bedenken zu überwinden. Auch Opfer mußten gebracht werden, aber die Führer der Arbeiter sagten sich, für den geistigen Wiederaufbau müssen Mittel vorhanden sein. Mögen sich andere Stellen dieses Prinzip zum guten Beispiel nehmen. Auf die aus allen Gauen Deutschlands hierher gekommenen Berufsfreunde sehen heute Millionen. Was sie in diesen beiden Semestern lernen und leisten, wird für die Zukunft der Akademie der Arbeit entscheidend sein. In einem solchen Augenblick müssen wir den tiefen Sinn des Schillerwortes erkennen lernen: „Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben. Bewahrt sie!“ Möge die Akademie der Arbeit werden ein Wahrzeichen für unsere geistige Kraft. Nach Thomas sprach noch ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der ebenfalls der Akademie alles Gute wünschte.

Herr Dr. Rosenstock dankte als Leiter der Akademie noch einmal allen Beteiligten und stellte als Grundgedanke die Erkenntnis als Reformprinzip auf. Den Abschluß bildete ein Vortrag und eine interessante Bilderdarstellung des Privatdozenten Dr. Lamn über die Geschichte der Arbeit.

Zur Gründung des Baugewerksbundes.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart ist für die deutschen Bauarbeiter die Gründung des Baugewerksbundes. Nicht nur die Lösung mehrerer Lebensnotwendigkeiten ist davon abhängig, sondern es drängen uns auch die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse dazu. Die unzulänglichen Interessenvertretungen einschneidende Forderungen herbeizubringen. Es vor allen Dingen die sprunghafte Steigerung der Preise für den Lebensbedarf, denen wir mit der Steigerung der Abne nicht nachkommen konnten. Konjunktur und Nachverhältnisse, die doch bei Lohnverhandlungen ausgleichend sind, entscheiden zugunsten der Unternehmer. Deshalb ist auch in dieser Hinsicht für die deutschen Bau-

Im „Grundstein“ hat auch ein Kollege geschrieben: „Es können zum Beispiel bei einer Arbeit auf einem Schachte bei Schichtwechsel 100 Mann 2 Monate arbeiten. Die gleiche Arbeit stellen aber 50 Mann in der gleichen Zeit her, wenn sie in Afford arbeiten.“ Der Einsender wird nach dem vorher Gesagten nicht erstaunt darüber sein, daß die „Bauwelt“ seine Uebertreibung für ihre Zwecke benutzt. Da nun der betreffende Kollege nicht gleich dabei schrieb, daß die 50 Affordarbeiter ausgezogen würden und über das Maß und den Umfang ihrer Kräfte hinausarbeiten, so nimmt die „Bauwelt“ an, daß dies auch nicht der Fall sei. Diese Zeitfrist für das gesamte Bauwesen weiß natürlich nicht, daß es im Baugewerbe seit jeher bestimmte Gruppen gab, die in Afford arbeiteten. Und wenn wir ihr nun mitteilen, daß die Angehörigen der schwer arbeitenden Gruppen in der Regel zwischen den Lebensjahren 35 bis 40 ihren Körper so ausgemergelt haben, daß sie auch für leichtere Bauarbeit nur noch kurze Zeit zu gebrauchen sind, so wird sie verstehen, warum unser Kollege das in seiner Zuschrift nicht besonders bemerkt. Das ist so selbstverständlich, daß ihm überflüssig erschien, es zu erwähnen, denn er schrieb ja für seine Kollegen. Die sonstigen Nebenarbeiten, die sich die „Bauwelt“ hinsichtlich der Leistung der Bauarbeiter leistet, sind so albern, daß wir darauf nicht eingehen wollen. Nur eins möchten wir das Blatt fragen: Warum sind nach der Meinung der „Bauwelt“ nur die Arbeiter verpflichtet, an den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu denken, warum nicht auch die Unternehmer?

Die Reichsregierung und unser Arbeitslosigkeitprogramm.

Das „Korrespondenzblatt“ des DDB schreibt in seiner Nr. 16 unter dieser Ueberschrift folgendes:
Der Vorstand des DDB hatte dem Reichskanzler in einer Eingabe vom 26. Februar 1921 sowie in einer Reihe von Kabinetts- und Ministerialbesprechungen sein Arbeitslosigkeitprogramm unterbreitet und auf eine Durchführung der darin enthaltenen Forderungen hingewirkt. Der Reichskanzler hat unter dem 23. März jene Eingabe mit einem längeren Schreiben beantwortet, dessen wesentlichen Inhalt wir in gedrängter Kürze wiedergeben.

Zu dem Antwortschreiben des Reichskanzlers wird erklärt, daß die Reichsregierung der großen Arbeitslosigkeit die ernsteste Aufmerksamkeit zuwendet und sich nicht auf die Gewährung des notwendigsten Lebensunterhalts an die Erwerbslosen durch öffentliche Unterstützungen beschränkt, sondern auch bereit sei, auf jedem gangbaren Wege den Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen. Im Jahre 1920 seien bereits eine Milliarde Mark für Erwerbslosenfürsorge, ausgegeben worden. Diese Summe erhöhe sich um den Anteil der Länder und Gemeinden auf das Doppelte. Auch im jetzigen Rechnungsjahr sollen öffentliche Arbeiten im weitesten Umfange in Angriff genommen werden, wofür auf die bereits vom Reichstag genehmigten Haushaltspläne des Reichsverkehrs, Reichspost-, Reichsfinanzministeriums und andere hingewiesen wird. Dabei sollen bei der Vergabe dieser Aufträge in erster Linie die Betriebe größter Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden, soweit dies mit dem Zweck des wirtschaftlichen Aufbaus vereinbar sei. Ob die mit Aufträgen bedachten Unternehmer verpflichtet werden können, Arbeitslose einzustellen und eine vergrößerte Arbeitszeit mit mehreren Schichten von Arbeitnehmern einzuführen, werde von dem Ergebnis einer bereits eingeleiteten Durchprüfung durch einen paritätischen Ausschuß abhängen, der auch darüber entscheiden soll, ob neben den vorhandenen Betrieben einzelner Industriezweige noch andere geeignete Betriebe bei Vergabe der Aufträge herangezogen sind. Die Reichsregierung sehe es auch als ihre selbstverständliche Pflicht an, den Unternehmern gegenüber, der durch die öffentlichen Aufträge entsteht, auf ein Mindestmaß zu begrenzen, das den Verhältnissen und der finanziellen Lage des Reiches angemessen sei. Bei der Entlohnung der Arbeiter könne eine Verlesung der Tarife nicht in Frage kommen. Zur Erörterung dieser Fragen seien schon bisher Vertreter der Gewerkschaften hinzugezogen worden, und das solle auch weiter geschehen.

Gegen die Verletzung der Arbeitszeit der Vollbeschäftigten äußert das Schreiben des Reichskanzlers bei warmer Anerkennung der Opferwilligkeit der beteiligten Arbeiter das Bedenken, daß dadurch sowie durch Einschränkung des Schichtwechsels die allgemeinen Interessen der Produktion sich wesentlich erschöpfen und daß diese Maßnahmen auch technisch nicht in allen Industrien und Betrieben durchführbar seien. Eine Aussprache mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern im Reichsarbeitsministerium habe zu dem Ergebnis geführt, daß die technische und wirtschaftliche Möglichkeit der Arbeitsverteilung für einzelne Industriezweige besonders durchgeprüft werden müsse, was in paritätischen Ausschüssen der Zentralarbeitsgemeinschaft und auf Grundlage von Fragebogen geschehen solle. Was zur Einführung dieser Ausschüsse glaube die Reichsregierung ihre Entscheidung zurückziehen zu müssen, ebenso die Frage, ob die Kurzarbeiterunterstützung gemäß Ziffer 7 der Forderungen unzugänglich sei. Denn erst dann lasse sich beurteilen, wie groß die neue Belastung des Wirtschaftslebens und der öffentlichen Verbände sein werde. Unabhängig davon solle geprüft werden, ob die Kurzarbeiterunterstützung in ihrer jetzigen Form stärkere Wirkung verliere werden könne.

Sichtlich der Verlesung des Baugewerbes erklärt das Schreiben, daß bereits 1918 bis 1920 allein aus Reichsmitteln 1630 Millionen Mark zur Unterstützung des allgemeinen Wohnungsbau und 300 Millionen Mark zur Unterstützung des Baues von Bergmannswohnungen aufgewendet worden seien. Bis 1920 seien insgesamt 4 1/2 Milliarden Mark öffentlicher Mittel für den Woh-

nungsbau aufgewendet worden. Im Haushaltsjahr 1921 seien je 1 1/2 Milliarden Mark für allgemeinen Wohnungsbau und für Bergmannswohnungen und daneben noch 700 Millionen Mark aus der Kohlenabgabe, insgesamt 3,7 Milliarden Mark, angelegt. Die Bautätigkeit habe in diesem Frühjahr auch bereits lebhaft angefangen. Die Reichsregierung sei entschlossen, die Bautätigkeit auch weiter zu fördern.

Die Zahl der Arbeitslosen, so bedauerlich sie auch angewachsen ist, sei immer noch geringer als die Ziffern anderer Länder, und auch das Zeitmaß ihres Wachstums sei durch die Maßnahmen der Reichsregierung zweifellos wesentlich verlangsamt worden. Freilich sei nicht damit zu rechnen, daß die Maßnahmen irgendeiner Regierung die Arbeitslosigkeit in Deutschland ganz beseitigen könnten. Das könne nur erreicht werden, wenn die Volkswirtschaft als Ganzes gesunde und wenn der deutschen Volkswirtschaft die Möglichkeit gegeben werde, dazu mit ihren besten Kräften beizutragen.

Mehrfach vertritt sich das Schreiben des Reichskanzlers gegenüber einer Erhöhung der laufenden Erwerbslosenunterstützungen, nachdem die Geltung der erhöhten Winterhilfe bereits bis zum 1. Mai dieses Jahres verlängert worden ist, trotz der nicht unwesentlich gesunkenen Lebenshaltungskosten in den letzten Wochen. Weiter könne die Reichsregierung nicht gehen, wenn sie die finanzielle Lage des Reiches, der Länder und Gemeinden pflichtgemäß würdige. Das Schreiben verweist neben der gesetzlichen Unterstützung auf den Weg der Wohlfahrtspflege öffentlicher oder gemeinnütziger Verbände. Schließlich verweist der Reichskanzler, daß die Einhebung der Beiträge zu den vollen Gängen sei und das Reichsnotopfer bereits zum Teil eingekobnet werde.

Zu diesem Schreiben der Reichsregierung ist zu bemerken, daß der Hinweis auf die bereits verausgabten Milliarden den Arbeitslosen wenig helfen kann, zumal dabei wohl erst noch besonders zu untersuchen wäre, wem der Löwenanteil dieser verbrauchten Milliarden zugewendet worden ist. Daß davon auf die Arbeiter nur der geringste Teil entfällt, während die weitaus größten Summen von den Unternehmern für Materialpreise und Zwischenprofite verzehret werden, ist eine längst bekannte Tatsache.

Was bei den gegenwärtigen Aufträgen des Reichspost- und Reichsverkehrsministeriums für die Arbeitslosen der Wirtschaft, dafür leisteten die Verhandlungen mit diesen Ministerien einige dringliche Weile. Als eine Kommission aus Vertretern der für solche Arbeiten in Betracht kommenden Gewerkschaften mit dem Reichspostministerium besonders verhandelte, erklärte der Reichspostminister: er habe keine Aufträge zu vergeben. Die bis dahin erteilten Aufträge seien Vollstandsarbeiten gewesen. Was dann doch einige dringliche Arten von Arbeiten ermittelt werden konnten, machten die Unternehmer der Betriebe, die solche Arbeiten ausführen, die größten Schwierigkeiten gegen die Einstellung von Arbeitslosen. Nur bei Materialarbeiten wollten sie diese Möglichkeit zugeben, lehnten aber alle besonderen Bedingungen für diese Einstellung ab.

Im Reichsverkehrsministerium, das angeblich Aufträge in Höhe von 16 Milliarden Mark zu vergeben hat, kommen 7,5 Milliarden für Lokomotiven und Waggons in Betracht. Auf dieses Gebiet bezieht sich der Ring der Verbände der Lokomotiv- und der Waggonfabrikanten vollständig die Preisgestaltung, so daß das Verkehrsministerium ihm gegenüber ohnmächtig ist. Wieviel Maschinen und Waggons für die 7,5 Milliarden Mark des Haushaltesplanen zu bauen sind, bestimmt nicht das Ministerium, sondern der Unternehmer. Ebenso läßt sich dieser in die Arbeitsbedingungen nicht hineinreden. Nur in Sachen was man unter der Voraussetzung, daß dorthin Aufträge vergeben werden, zu einer Verständigung bereit. Und weigern sich die Herren, weitere Betriebe zur Ausführung solcher Arbeiten heranzuziehen.

Sieht man von diesen Aufträgen ab, so bleiben höchstens 1 1/2 Milliarden Mark für den Ausbau von Werkstätten und für Reparaturarbeiten übrig, über die eine Verständigung zu erzielen sein wird. So sieht es mit den vier Aufträgen aus, die das Reich zu vergeben hat.

Was schließlich die Verteilung der Arbeiten auf alle Arbeiter und die Einstellung der Arbeitslosen in die Betriebe anlangt, so ist die Reichsregierung ja zur Durchführung aller Möglichkeiten durch sachverständige paritätische Kommissionen bereit. Ob das aber der geeignete Weg ist, das Arbeitslosenproblem beseitigen zu lassen, erscheint uns recht fraglich. Denn ehe solche durch Fragebogen vorbereiteten Prüfungen durchgeführt sind, und ehe zwischen Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmern eine Verständigung darüber erfolgt ist, dürfte die Arbeitslosigkeit katastrophal angewachsen sein. Es kommt uns angesichts der Antwort der Reichsregierung beinahe so vor, als ob man dort den furchtbaren Ernst der Situation noch nicht völlig begriffen habe und glaube, mit Betuerungen, Versprechungen und allerlei Bedenken, tiefergehenden Untersuchungen und kleinen Zugeständnissen an der ganzen Frage vorbeizukommen. Demgegenüber kann nicht nachdrücklich genug vor einer solchen diaforischen Behandlung gewarnt werden. Wenn die einzelnen Reichsverwaltungen außerlande sind, ihre Aufträge so zu vergeben, daß sie in erster Linie der Beschäftigung von Arbeitslosen zugute kommen, dann bleibt nur der Weg der gesetzlichen Regelung mit Hilfe des Einstellungs- und Betriebsregelungsangeses übrig, und wir werden diesen Weg mit aller Rücksichtslosigkeit beschreiten, sobald wir erkennen, daß Unternehmer und Regierung sich der Mühsicht auf die Arbeitslosen entledigen.

Volkswirtschaftlicher Streifblödsinn.

Der „Courier“ veröffentlicht in seiner Nr. 20 eine „nette“ Geschichte über den Geist der unter den kommunistisch orientierten Hafenarbeitern Stettins herrscht. Dort werden regelmäßig Dampfer entladen, die Erz aus Schweden für deutsche Hüttenwerke bringen. Die Erzgewinnung wird in Schweden nur zum kleinen Teil von berufsständigen Bergarbeitern betrieben. Meistens sind die Beschäftigten sogenannte Wanderbägel, die nur vorübergehend die schwere Erzgewinnung auf sich nehmen. Wir

können uns vorstellen, daß die Unternehmer diese Leute in ähnlicher Weise behandeln, wie es früher im deutschen Ziefbaugewerbe üblich war. Folge: Streit und Streiks. Die Mannschaft der Grube packt ihre Bündel und wandert ab. Jemand jemand sendet ein Telegramm nach Stettin: Hier ist Streit, Erzdampher sperren! Die Stettiner Hafenarbeiter üben Solidarität und entladen die Dampfer nicht. In Schweden ist jedoch der Streit längst beseitigt. Richtig konnte nun in Schweden ein Erzdampher wegen Streiks nicht beladen werden. Die Schiffsmannschaften waren meist Kommunisten, die sich zuerst weigerten, die Ladearbeit zu verrichten. Als sie jedoch 25 000 M. extra bekamen, ging die Solidarität in die Brüche und sie beluden das Schiff. Während der Reise kehrte das Solidaritätsgefühl zurück und in Stettin teilten sie den Hafenarbeitern mit, daß das Schiff von Streikbrechern beladen sei. Schamhaft verhielten sie jedoch, nur die Streikbrecher waren. Aber die Sonne brachte es an den Tag. Jedoch die Hafenarbeiter streikten, um den Dampfer nicht zu entladen. Das nun mit einem „Mafel“ behaftete Schiff sollte sich dadurch reinigen, daß es mit der Ladung die Reise nach Schweden und zurück noch einmal machte. Die Streikbrecherkommunisten hatten wohlweislich abgemuffert.

Ist das nun ein Stüdchen aus Schilburg, aus Trepow oder aus Nirgdu?

Aber diese Narretei sollte von den Stettiner Narren selbst noch überboten werden. Von Danemark kam das Erz, eine in Stettin liegende und für Sowjetrußland bestimmte Ladung Saagut zur Verladung zu bringen. Der Vertreter der russischen Sowjetregierung kam persönlich in die Hafenarbeiterversammlung, um dort seinen Gesinnungsgenossen zu sagen, daß die Ladung jetzt verschifft werden müsse, wenn die Saat in diesem Jahre noch Frucht für das hungernde russische Proletariat bringen solle. Es hat der russische Volkswirtschaft die Stettiner Volkswirtschaft, für diesen Fall ausnahmsweise den Streik beseitigt zu lassen und die Ladung zu verladen. Es half nichts. Er wurde schon nach wenigen Sägen von den Verammelten zur Ruhe gebracht. Bei diesen hier ist! Ausnahmen werden nicht gemacht, wir streifen! Der Sowjetvertreter bellagte sich dann beim Transportarbeiterverband über die Not, die er alle Augenblicke mit den Stettiner Hafenarbeitern habe. Er erkundigte sich, ob vielleicht die deutsche Regierung ihm helfen könne. — Soll man lachen oder weinen? Der bolschewistische Vertreter einer bolschewistischen Regierung sucht vor seinen bolschewistischen Glaubensgenossen in Stettin Schuß bei der kapitalistischen deutschen Regierung! Wie sehr mag er bedauern haben, daß in Deutschland nicht die bolschewistische Diktatur herrscht; denn dann würden die Stettiner Volkswirtschaft innerhalb einer Stunde an der Arbeit gewesen sein oder Maschinengewehre, Gefängnisse und Konzentrationslager hätten mit diesen „Konterrevolutionären“ aufgemauert.

Durch diese Geschichte werden wir an eine andere erinnert, die sich in den letzten Wochen im Baugewerbe einer deutschen Stadt abspielte, in der wir unsere Bezirkverein wegen der bolschewistischen Untriebe aufgeloßt haben. Unser Bezirk ist inzwischen neu aufgebaut. Dort stehen die Bauarbeiter mit den Unternehmern in Rohnfriedlichkeit. Die Kollegen wollen streiken. Zimmerer und die zum Deutschen Bauarbeiterverband gehörenden Kollegen wollen den Streik auf der ganzen Linie eröffnen, die abgepfifferte bolschewistische Zelle aber will nicht. Sie will den parteilichen Streik. Warum? Haben sie bisher nicht stets den Generalstreik als das allerschlimmste Mittel angepriesen? Am ja, schon, aber — das war ja nur Agitationsmittel gegen die „Gewerkschaftslogen“. Wir wollen wissen, wie vom Generalstreik nichts wissen; denn dieser soll sich gegen die privatkapitalistischen Unternehmern richten, sie aber wollen partiel streiken — bei den Genossen, um diese zu zerstören. Das ist ihr Kampf gegen das Kapital. Adhimm, dein Name ist Bolschewismus!

Berichte.

Söhr. Im Kölner Baugewerbe ist die Affordarbeit nur in den Verufen zulässig, wo ein von Organisation zu Organisation abgehoßener Affordarbeit besteht. Dies ist nur im Stude-, Kuben- und Fliesenlegergewerbe der Fall. In allen anderen baugewerblichen Berufsgruppen bestehen, soweit der Bauarbeiterverband zuständig ist, keine Affordarbeit; in diesen ist daher die Affordarbeit verboten.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß trotz der Unzulässigkeit, im Mißbrauch mit dem Tarifverträge und den Verbandsbestimmungen, in Afford gearbeitet wird. Es ist sehr wahrheitsgemäß, daß die Arbeitgeberverbände die treibenden Kräfte sind, um durch wilde Affordwirtschaft die Gewerkschaften zu zwingen, ihren Widerstand gegen die tarifliche Einführung der Affordarbeit aufzugeben. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß Unternehmer, die im Mauerver-, Zement- und Betonbauwesen sowie im Ziefbaugewerbe in Afford arbeiten lassen, ebenso Vertragsbruch begehen wie die Arbeiter, die sich dazu mißbrauchen lassen. Die Verbandsleitung ist gewillt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die wilde Affordarbeit einzuschreiten. Sie wird nicht davor zurückschrecken, die Bauten zu sperren, wo verbotsmäßig in Afford gearbeitet wird. Wo es sich dabei um Verbandsmitglieder handelt, die trotz Aufforderung die wilde Affordarbeit nicht unterlassen, da haben es sich diese Kollegen selbst zuzuschreiben, wenn sie aus dem Verbands ausgeschlossen werden. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Einsicht der Kollegen solche Maßnahmen nicht notwendig machen wird, indem sie es ablehnen, den Unternehmern Selbstbedienung zum Schaden der gesamten Bauarbeiterchaft zu leisten. Denn darüber muß sich auch der Nichtändige klar sein, daß die Unternehmer bei der Einführung der Affordarbeit nicht den Bauarbeitern nützen wollen, sondern einzig und allein ihren persönlichen Vorteil im Auge haben. Wer angesichts der großen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe die Affordarbeit fördert und dem Unternehmern dazu Selbstdienste leistet, dem geht jedes Mißgeschick für die Arbeitslosen ab; der weiß nicht, was das Wort Solidarität bedeutet; er denkt nur an sich. Aber er handelt auch gegen sich selbst.

Er weiß recht gut, daß dort, wo 8 Mann im Afford mauern, mehr auf den Haufen gemurkt wird, als wenn 12 Mann im Lohn arbeiten und ein ordentliches Stück Arbeit zuwege bringen. Er weiß ferner, daß zum Affordmühen nur Kollegen geeignet sind, die sich im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft befinden, und daß ältere und schwächere Kollegen diese Strapazen nicht aushalten. Er vergißt aber auch das Sprichwort: „Heute mit, morgen Wit.“ Heute arbeitet er noch in Afford, im Handumdrehen ist der Wau fertig und dann vergrößert er die durch ihn mitverschaffte Arbeitslosigkeit. Nachdem er einige Wochen auf Kosten seiner Gesundheit, zum Schaden der Allgemeinheit und zum Nutzen des Unternehmers ein paar Mark mehr verdient und verbraucht hat, stellt er dann selbst das Los der Arbeitslosen. Es ist somit nicht nur unlogisch, es ist auch direkt widerständig, zu glauben, die wilde Affordarbeit nütze den Arbeitern, den Nutzen hat nur der Unternehmer. Dieser, Verbindungsstellen, sich auf der Wacht. Nicht auffälschend und laßt Euch nicht eines vermeintlichen Vorteils willen gegen Euer eigenes Wohl mißbrauchen. Wer verboludert in Afford arbeitet, der muß als Söldling behandelt und sein Zum mit der Handlungsweise des Streikbrodes auf eine Stufe gestellt werden.

Es ist Pflicht unserer Bauarbeiter, die Wau und aller Kollegen, unter Lohngebot von diesen Umständen zu befreien. Die Arbeitslosigkeit muß aufhören mit denen, die durch wildes Affordarbeiten benutzt und trotz Verwarnung den Unternehmern helfen, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern.

Schwege. Es wird uns geschrieben: Daß die Schlichtungsausschüsse öfters ungläubige Schiedssprüche fällen, ist im „Grundstein“ Nr. 17 aus Frankfurt a. M. gemeldet worden. Daß aber auch die Demobilisierungskommissionen in letzter Zeit das Weitreiben haben, immer mehr die Vorteile der Unternehmer zu wahren, zeigt folgender Fall: Die Schwegener Unternehmer lehnten es ab, die bezügliche Vereinbarung vom 17. Dezember 1920 anzuerkennen. Danach sollte der Stundenlohn von 16. Dezember an 5,50 M. und vom 16. März an 5,70 M. betragen. Der von unsren Kollegen angeregten Schlichtungsausschuss in Cassel entschied am 9. März, daß die bezügliche Vereinbarung für die Schwegener Unternehmer nicht in Frage komme, weil sie nicht Mitglied des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes seien. Jedoch sei ein Lohn von 5,25 M. bis zum 15. März und von 5,45 M. vom 16. März an als angemessen zu erachten. Diesen Schiedsspruch lehnten die Unternehmer ab. Die daraufhin von der Vereinseitig beantragte Verbindlichkeitsklärung wies der Demobilisierungskommission mit folgenden Gründen zurück:

Die 9 Arbeitgeber, die als Bauarbeiterverbände von Schwege und Umgebung bezeichnet werden, beschäftigen zurzeit etwa 60 bis 70 Leute, die meisten nur 2 bis 3, einzelne Firmen auch mehr Arbeiter. In Bauaufträgen stellt es fast völlig, so daß die meisten Leute mit Arbeiten auf dem Hofe beschäftigt werden, die ebenjakt unterbleiben könnten und nur den Zweck haben, die Leute nicht der Arbeitslosigkeit zu überlassen. Die Löhne, die für diese jetzt als Vollstandsarbeit zu bezeichnende Beschäftigung gezahlt werden, finden in irgendwelchen Regelungen an die Unternehmer keine Deckung; sie müssen vielmehr aus dem Vermögen des Unternehmers entnommen werden. Es liegt also kein Grund wirtschaftlicher Art vor, diese Arbeiter ausführen zu lassen, sondern nur das Weitreiben, die Leute nicht der öffentlichen Arbeitslosenvermittlung zu überlassen. Unter Berücksichtigung dieser schlechten Lage des Baugewerbes und im Hinblick darauf, daß die Preise der Lebensmittel in der letzten Zeit nicht mehr gestiegen sind, sondern die Neigung zum Fallen zeigen, kann ich keinen zwingenden Grund erkennen, den vorliegenden Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

Diese Gründe können und werden wir nicht gelten lassen; sie sind übrigens schon zu bekannt. Danach beschäftigen die Schwegener Unternehmer nur Arbeiter aus reinem Idealismus, nicht etwa, um selbst zu verdienen, sondern sogar, um von ihrem Vermögen zuzuleben. Es sind diesfalten Gründe, die die Unternehmer in allen Verhandlungen vorbringen, die aber in Wirklichkeit nur leere Ausreden sind. Das ist den Herren oft genug gesagt und mit Verweigerung belegt worden. Die Vorarbeiten bestehen in der Hauptsache im Anfertigen von Treppentufen, Platten, Grabdenkmälern, Grabumfassungen aus Sandstein und Zement. Was sich der Demobilisierungskommission die Ausreden der Unternehmer zu eigen macht, überläßt uns nicht, zeigt aber, daß es immer aussichtslos wird, die gesellschaftlichen Schlichtungstellen anzurufen. Kollegen, Euch rufen wir zu: Es genügt nicht, nur Weitrage in die Organisation zu gehen, sondern mitarbeiten. Jeder einzelne muß ein Kämpfer werden. Nur dann werden wir in Zukunft wieder Schlichtungsausschuss noch Demobilisierungskommission nötig haben.

Hamburg. In der außerordentlichen Vertreterversammlung am 2. Mai berichtete Kollege Müller über den Ausgang der wegen einer Lohnerhöhung mit den Unternehmern geführten Verhandlungen. In der Verhandlung am 30. März hatten sie jede Lohnerhöhung abgelehnt. Auch das Bezugslohnamt lehnte am 18. April jegliche Zulage ab. Es konnte keine wesentliche Rückverkung festgestellt. In einer Verhandlung am 20. April wollten die Unternehmer Aufgeändnisse machen, wenn wir uns verpflichteten, keine weitere Forderungen vor dem 31. Dezember 1921 zu erheben. Dies lehnten wir ab. Weiter forderten die Unternehmer für die einzelnen Lohngebiete gestaffelte Löhne sowie Abbruch des Streiks der Gipsler. Auch verlangten die Tiefbauunternehmer, daß die Erhöhung der Löhne für Tiefbauarbeiter nicht abhängig gemacht werden dürfe von der des Hochbaues. Obgleich wir dieses Annehmen ablehnen mußten, kam es am 25. April zu einer weiteren Verhandlung, die aber ergebnislos verlief, weil die Unternehmer zunächst den Abbruch des Gipserstreiks forderten, angeblich um eine Verhandlungsgrundlage zu schaffen. Mit Zustimmung des Verbandesvorstandes beschloßen die Gipsler am demselben Tage, ihren Streik aufzuheben. In den darauf am 27. April fortgesetzten Verhandlungen kostete es einen harten Kampf, ehe es zu einer Einigung kam, wonach im Hochbau sowie im Betonbauvergewerbe, einschließlich aller Spezialgruppen, vom 29. April an als Zuschlag auf die Stundenlöhne zu zahlen ist: Im Lohngebiet I 50 %, im Lohngebiet II 30 %, im Lohngebiet III 20 % und im Lohngebiet IV 10 %. Für Gipsler

und Stuckateure ist der Stundenlohn um 10 % höher. Die Tiefbauarbeiter sind von dieser Lohnerhöhung vorläufig ausgeschlossen. Redner empfahl Annahme des Angebots in folgender Entscheidung:

Nach Entgegennahme des Berichtes durch den Vorstand beschloß die heutige Vertreterversammlung folgendes: Die Versammlung bewahrt lebhaft, daß das Bezugslohnamt auch diesmal aus formalen Gründen wegen der Worte „wesentliche Rückverkung“ im Tarifvertrage den Hamburger Bauarbeitern die notwendige Erhöhung der Löhne vorenthalten hat. Sie erkennt dadurch, daß der Reichsarbeitsvertrag gerade in dieser Beziehung unbedingt einer Veränderung bedarf. Die dann ohne das Einverständnis zwischen den Tarifvertragskontrahenten vereinbarten Lohnzuschläge, zahlbar vom 29. April 1921 an, tragen den Verhältnissen durchaus keine Rechnung. Vor allem beweist es aufs schärfste, daß durch die weitere Staffellung der Zulagen für die einzelnen Lohngebiete die Vertragsstreue der Unternehmer abermals in sehr harter Weise untergraben wird. Wenn die Versammlung trotzdem dem Angebot zustimmt, so aus dem Grunde, weil die Verhältnisse vorläufig eine andere Regelung nicht zulassen und weil die Bauarbeiterschaft die jegliche Zeit für nicht geeignet hält, ihre gerechten Forderungen durch Störung des Wirtschaftslebens durchzusetzen. Mit der während der Verhandlungsperiode geführten Haltung der Lohnkommission ist die Versammlung einverstanden.

In der Aussprache bezeichneten fast alle Redner das Erhalten als ungenügend. 2 Redner traten für Ablehnung ein und bezeichneten scharf die Aufhebung des Gipserstreiks. Einer dieser Redner bezugnehmend, den Kampf auf breiter Grundlage mit Hilfe des Gewerkschaftsbundes aufzunehmen. Die übrigen empfahlen Annahme des Angebots. Auf die einzelnen Einwände eingegangen, legte der Vorsitzende dar, daß das Gebotene, dem Zwange der Verhältnisse entsprechend, angenommen werden müsse. Es abzulehnen, würde keiner der ablesenden Redner beantragen wollen. Daß die Gipsler ihren Streik zu Gunsten der übrigen Bauarbeiter mit Zweidrittelmehrheit beenden, sei ein schönes Zeichen von Solidarität. Die Abstimmung ergab gegen etwa 20 Stimmen die Annahme des Angebots. In der Frage „Lohnzulage für die Tiefbauarbeiter“ beauftragte die Versammlung den Vorstand, gegen die Tiefbauunternehmer vorzugehen.

Sammernstein i. Westpr. Hier stehen die Maurer mit den Unternehmern in Lohnstreitigkeiten. Wir bitten, Zugang fernzuhalten.

Neubrandenburg i. M. Ueber die Firma Gink in Neubrandenburg ist die Sperre verhängt worden, weil sie sich weigerte, die tariflichen Löhne zu zahlen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Feststellungsergebnis vom 2. Mai.

Auch diesmal ergab unser Feststellungsergebnis einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im ganzen, in einigen Bezirken jedoch eine Zunahme. Auf je 100 der Mitglieder betrug die gesamte Arbeitslosigkeit 4,65 gegenüber 5,13 im vorigen Jahrlauf. Im Bezirk Königsberg hat dies Verhältnis von 15,9 auf 15,6 gesunken, ebenso in Danzig von 11,9 auf 14,0, im Bezirk Frankfurt von 6,2 auf 6,3, im Bezirk Karlsruhe von 2,3 auf 2,4, im Bezirk Dortmund von 0,1 auf 0,2. Unverändert blieb die Arbeitslosigkeit in den Bezirken Bremen mit 3,4 und Erfurt mit 2,4 Mitgliederunterhelfen. In den übrigen Bezirken ging die Arbeitslosigkeit zurück. Im Bezirk Stuttgart ist wie im Königsberger Bezirk und in Danzig immer noch mehr als ein Zehntel der Mitgliedschaft arbeitslos. Auf je 100 Mitglieder betrug die Zahl der Unterlingsempfänger 1,70, in der Vorwoche 1,92.

Bezirk	Anzahl der beschäftigten Vereine	Anzahl der arbeitslosen Mitglieder	An den beschäftigten Vereinen	In den beschäftigten Vereinen waren am Feststellungstage arbeitslos									
				Maurer	Gipsler	Baugewerke	Schindler	Stuckateure	Erdbauarbeiter	Insgesamt			
Königsberg	16	1679	1071	985	970	17	6	—	625	2603			
Danzig	1	2936	99	26	127	—	—	—	255	410			
Stettin	87	12193	148	82	140	—	—	—	196	419			
Breslau	54	33904	283	107	343	7	11	2	115	587			
Berlin	78	738	4501	722	1126	2262	56	171	3	61	3665		
Magdeburg	55	55	28878	631	97	411	—	—	—	2	513		
Erfurt	49	49	16489	235	113	209	2	1	—	71	396		
Frankfurt	17	17	329	91075	534	1131	23	5	6	393	2087		
Böln	15	15	35770	270	46	297	17	8	—	2	19	584	
Dortmund	15	15	32004	22	5	45	1	—	—	—	2	53	
Hannover	49	49	21989	65	10	40	—	—	2	1	68	121	
Bremen	30	30	12774	168	104	216	—	—	—	—	108	436	
Hamburg	74	74	23661	453	420	309	48	15	—	1	263	1056	
Köln	59	59	6455	63	42	88	—	—	—	—	15	115	
Dresden	15	15	21369	460	868	1281	10	4	1	4	1715		
Leipzig	62	62	32819	564	80	512	17	4	2	—	115	1730	
Nürnberg	21	21	21372	776	210	1102	2	41	—	—	2	400	1757
München	31	31	27773	283	160	788	4	21	10	3	77	1083	
Stuttgart	17	17	16628	274	266	1043	4	131	4	—	2	388	1788
Karlsruhe	12	12	26522	277	97	454	18	16	—	—	—	48	628
Zusammen	752	752	467205	7919	4878	11738	221	446	29	27	4368	21706	

Arbeitsmarkt.

In Pütz i. M. sucht das Baugeschäft Stiegler & Co. Maurer. Meldungen beim Vereinsvorsitzenden Hermann Sobst, Weststraße 43.

Die Arbeitsgenossenschaft Magdeburg stellt sofort 40 Maurer ein, davon 20 Mann in Wanzleben; Stundenlohn 5,70 M. Kosten für Verpflegung und Unterkunft übernimmt die Firma. Meldungen beim Postler Willwald in Klein-Wanzleben. 20 Mann in Oßersleben;

Stundenlohn 6 M. Unterkunft bezahlt die Firma. Meldungen beim Postler Willwald in der Zuckerraffinerie.

In Reheim, Kreis Arnberg in Westfalen, ist die in Nr. 18 des „Grundstein“ beantragte Nachfrage nach Arbeitskräften vorläufig bedekt. Dies diene allen Mitglidern zur Kenntnis, die deswegen schriftlich anfragten.

Unsere Arbeitsvermittlung im März.

Dem Statistischen Reichsamt sind 7 Nachweise und die Zentralfelle angefordert. Der Nachweis in Annaberg hat seine Tätigkeit eingestellt. Sebmitz ist wegen dauernder Nichtmeldung gestrichen. Gottha und Halle haben nicht berichtet. Uebersicht über die Vermittlungstätigkeit.

Im Monat März	Maurer	Bauhilfsarbeiter	Baugewerke	Schindler	Stuckateure	Gipsler	Erdbauarbeiter	Insgesamt	
wurden angefordert	124	58	14	17	3	—	51	6	273
vermittelt	124	58	14	15	3	—	51	6	271

Von den 273 angeforderten Arbeitskräften sind 271 vermittelt worden; das sind 99,26 auf je 100 Angeforderte. Die Vermittlung verteilt sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Es wurden vermittelt auf je 100 angeforderte Maurer 100, Bauhilfsarbeiter 100, Betonarbeiter 100, Stuckateure und Putzer 88,23, Fliesenleger 100, Flisolier und Steinpolier —, Erdbauer 100, sonstige Arbeiter 100.

Eröffnung der Akademie der Arbeit.

Am 2. Mai versammelten sich in Frankfurt a. M. in der Universität die Spitzen der Verbände, die Leitung und Schüler der Akademie der Arbeit zu der feierlichen Eröffnung dieser neuen Lehranstalt. Der Leiter der Akademie, Herr Dr. Rosenfeld, ließ die Eröffnungsreden recht herzlich willkommen, dabei hinweisend auf den tiefen Ernst des Hochabens. Dann nahm zu einer kurzen Ansprache der neue preussische Kultusminister, Herr Becker, das Wort. Er verglich die Akademie der Arbeit mit einem vom Stapel gelassenen Schiff. Dieses Schiff, das noch nicht ausgebaut ist, sehr auszubauen, muß die Aufgabe aller Beteiligten sein. Er dankte allen, die bei der Gründung der Akademie mitgewirkt haben für ihre Opfer und besprach im Namen der Staatsregierung, immer und zu jeder Zeit die Akademie ihrer ersten Bedeutung entsprechend, zu hegen und zu pflegen. Herr Oberbürgermeister Dr. Bogt beglückwünschte die Eröffnungsfeier im Namen der Stadt Frankfurt a. M. Den Schwierigkeiten bei der Gründung der Akademie gedenkend, hob er besonders die Verdienste des Finanzministers Rüdeman, des Kultusministers Gaensel, der Herren Prof. Dr. Singerheimer und Dr. Rabe und des Frankfurter Stadterordneten Thomas hervor. Letzterer hat besonders den Gedankens in den Kreisen der Gewerkschaften lebendig gemacht und ohne deren Mithilfe sei eine Verwirklichung des Gedankens nicht möglich gewesen. Der Rektor der Universität, Herr Professor Schönflies, erklärte in einer Ansprache, daß die Universität alles tun werde, um der Akademie die Arbeit zu erleichtern. Thomas übermittelte Grüße im Auftrage der Gewerkschaften und des Bundes für Volkshilfen in Frankfurt a. M. Er führte aus, daß die organisierte Arbeiterkraft das größte Interesse an dem Nutzen und Gelingen des Instituts hätte. Sie sei sich dessen bewußt, daß sie, obwohl sie alles, was sie für Bildung tun konnte, getan habe, doch noch viel nachholen müsse. Wenn hier und da der Gedanke nachgefragt werde, es handle sich um eine sozialistische Parteischule, um die Gründung zu hindern, so wolle er als Beamteter und Grundbesitzer für Lehrer und Schüler auszusprechen: „Erkenne die Wahrheit! Durch Wahrheit wird die Freiheit werden!“ Mögen unsere Freunde dabei erkennen lernen, daß geistig Schaffende ebenfalls Schwere zu leisten haben. Mögen aber auch unsere Studierenden, unsere späteren Richter, Aerzte usw., begreifen lernen, daß große geistige und schöpferische Kräfte unter einem schlichten Arbeitsmittel und einer bescheidenen Mühe verborgen sein können. So wollen wir voneinander, untereinander und durcheinander lernen, und die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht als Bettler am Tische der Wissenschaft verkommen lassen. Große Mühe hat es gestoft, alle Bedenken zu überwinden. Auch Opfer mußten gebracht werden, aber die Führer der Arbeiter sagten sich, für den geistigen Wiederaufbau müssen Mittel vorhanden sein. Mögen sich andere Stellen dieses Prinzip zum guten Beispiel nehmen. Auf die aus allen Gauen Deutschlands hierher gekommenen Berufsstreunde sehen heute Millionen. Was sie in diesen beiden Semestern lernen und leisten, wird für die Zukunft der Akademie der Arbeit entscheidend sein. In einem solchen Augenblick müssen wir den tiefsten Sinn des Schillerwortes erkennen lernen: „Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben. Bewahrt sie!“ Möge die Akademie der Arbeit werden ein Wahrzeichen für unsere geistige Kraft. Nach Thomas sprach noch ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der ebenfalls der Akademie alles Gute wünschte.

Herr Dr. Rosenfeld dankte als Leiter der Akademie noch einmal allen Beteiligten und stellte als Grundgedanke die Erkenntnis als Lehrmeisterin auf. Den Abschluß bildete ein Vortrag und eine interessante Bilderdarstellung des Privatdozenten Dr. Lam m über die Geschichte der Arbeit.

Zur Gründung des Baugewerksbundes.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart ist für die deutschen Bauarbeiter die Gründung des Baugewerksbundes. Nicht nur die Lösung mehrerer Lebensnotwendigkeiten ist davon abhängig, sondern es drängen uns auch die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse dazu. Die Umwälzungen nach dem Kriege haben auch bei den wirtschaftlichen Interessenvertretungen einschneidende Änderungen hervorgerufen. So vor allem in den Dingen die prunghafte Steigerung der Preise für den Lebensbedarf. Denn wir mit der Steigerung der Löhne nicht nachkommen konnten. Konjunktur und Nachkriegsverhältnisse, die doch bei Lohnverhandlungen ausfallend sind, entscheiden zugunsten der Unternehmer. Deshalb ist auch in dieser Hinsicht für die deutschen Bau-

arbeiter die Frage der Nachterweiterung brennend geworden. Ein Blick auf die Entwicklung der Unternehmerverbände und deren Zusammenfassung müßte genügen, um der Arbeiterkraft oder Bauberufe den Weg zu zeigen, den sie gehen müßten. Während wir früher in der Frage der Zentralisierung den Unternehmerverbänden vorausgingen, können wir heute von diesen lernen. Für künftige Lohnverhandlungen und Vertragsabschlüsse ist die Zusammenfassung aller baugewerblichen Berufsstände von nicht zu unterschätzender Bedeutung, denn Lohnfragen sind Nachfragen. Wer bei Lohnverhandlungen die größte Macht hinter sich hat, der ist im Vorteil. Die für die Lohnverhandlungen und Vertragsabschlüsse notwendig gewordenen Nachterweiterung ist nur durch den Zusammenschluß aller baugewerblichen Berufsverbände zu erreichen.

Über abgesehen von der Tarifvertragsfrage gibt es noch eine ganze Reihe anderer Argumente, die für die Gründung des Baugewerksbundes sprechen. Die Wirtschaftspolitik hat andere Formen angenommen als vor dem Kriege. Die Zukunft führt uns in das Wirtschaftsparlament. In diesem werden die Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessensvertretungen der Arbeiter eine gewichtige Rolle spielen. Das ist aber nur möglich durch den Zusammenschluß zu Industrie- und Gewerkschaften. Heute sind nicht weniger als 51 Gewerkschaften dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen. Zukünftig dürften es höchstens noch 14 bis 15 Industrie- und Gewerkschaften sein. Also auch hier ist die baugewerblichen Berufsverbänden der Weg durch die Entwicklung vorgezeichnet.

Nun aber zur Kernfrage für den Baugewerksbund. Das ist unsere Produktionspolitik oder die Sozialisierung des Baugewerbes. Wer ernsthaft die Sozialisierung im Baugewerbe will, kommt um den Baugewerksbund nicht herum. Hier werden wir durch die Praxis geradezu in ihn hineingetrieben. Dadurch, daß die Gewerkschaften bei einer großen Anzahl von Bauarbeiten mit großem Kapital beteiligt sind, sind bereits die Vorbedingungen gegeben. Auch in der praktischen Ausführung von Bauarbeiten, wie zum Beispiel durch die Übernahme von Erd-, Maurer-, Zimmer-, Dachdecker-, Maler- und Fächer-, Steinmetzarbeiten usw. wird der Zusammenhalt beibehalten, wenn die Sozialisierung im Baugewerbe keine Zeitverschiebung sein soll. Alle diese Umstände müßten die Wirkung haben, daß der Baugewerksbund die unmittelbare Folge ist. Daß dem jedoch nicht so ist, liegt vielmehr an den persönlichen als an den sachlichen Widerständen, denn die Gründung des Baugewerksbundes ist zum großen Teil eine Personensache. Deshalb sind auch alle Liebeserklärungen der verschiedenen Vorstände an denselben nur pichelmäßig zu bewerten. Und doch ist der Bund nur eine Frage der Entwicklung und der Zeit, und gleichzeitig eine Vorstufe für die proletarische Einheitsfront auf gewerkschaftlicher Grundlage. Reizen wir uns deshalb nicht lange machen, das Rad der Entwicklung steht nicht still, sondern es rollt unaufhaltsam vorwärts, alles zermalmend, was sich ihm entgegenstellt. Möchten doch alle baugewerblichen Berufsverbände die Ursachen und deren Wirkungen rechtzeitig erkennen und sie zu meistern suchen, damit sie nicht eines Tages von den Ursachen überholt werden. Den baugewerblichen Arbeitern aber rufe ich zu: Räumt auf mit Euren günstigeren und heimlicheren Kassengeheimnissen! Seid nicht nur revolutionär in Worten, sondern auch in der Tat. Verlangt geheimerlich die Gründung des Baugewerksbundes! Kommt hier nicht von unten herauf, von oben herab kommt er ganz gewiß nicht!

Heinhard Schneider, Mainz.

Die Belegung der Bautätigkeit.

„Mit diesem Thema hat sich am 8. April in Berlin eine Versammlung „aller am Bauwesen interessierten Kreise“ befaßt, so wird in der privatkapitalistischen Presse berichtet. Diese Mitteilung enthält infolgedessen eine große Unwahrheit, als Bauarbeiter und Mieter an dieser Versammlung nicht teilgenommen haben. Ob sie eingeladen waren, wissen wir nicht. Wahrscheinlich nicht. Nun liegt aber die Sache praktisch so, daß die betretenen „interessierten Kreise“ nur eine verhältnismäßig kleine Zahl der wirklich interessierten Kreise sind. Wenn die bürgerliche Presse trotzdem diese Ausdrucksweise beibehält, so ist das nur ein neuer Beweis dafür, daß sie immer noch die Arbeiter und Wohnungsmieter als Leute betrachtet, die nichts zu sagen haben.“

In der genannten Versammlung hat ein uns unbekannter Herr Solerz aus Hamburg ein Projekt vorgetragen, nach dem durch die Herausgabe eines Baunotgeldes der Wohnungsbau in die Höhe gebracht werden soll. Lehnliche Projekte sind schon früher zum Beispiel von dem Bauleiter der Hamburger „Produktion“, Lehne, und von Siebertkreuzen gemacht worden, ohne daß diese viel Anklang fanden. Unsere Aufmerksamkeit wurde denn auch mehr angeregt durch das, was die Gegner seiner Vorschläge sagten. Herr Kiedel vom Deutschen Wirtschaftsbund für das Baugewerbe und Herr Haberland als Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins hielten die Solerz'schen Vorschläge für gänzlich undurchführbar. Beide forderten Vollerhöhungen, Aufhebung der Zwangswirtschaft, um das „freie Spiel der Kräfte“, das heißt den ungehemmten Kaufzug der Vermieter, zu ermöglichen. Nach Herrn Haberland betragen die Baukosten das Zwölfte bis Dreizehnfache der Werklohnzeit, also müßten die Mieter da sein, die das Dreizehnfache der Friedensmiete zahlen. Darüber liege sich vom Arbeiter- und Mieterstandpunkte aus reden, wenn gleichzeitig der Stundenlohn aller Beschäftigten um 3 A erhöht würde. Wenn die Bezüge der Rentempfangler, Pensionäre usw. auch gleichzeitig um den entsprechenden Betrag erhöht würden. Und wenn Haberland und seine Genossen- und Vermögensgenossen die Garantie dafür übernehmen, daß die Preise für andere Lebensnotwendigkeiten nicht weiter steigen. Ohne diese Vorbedingungen wird es dem Arbeiter, der 10 bis 12 000 M im Jahre verdient, unmöglich sein, davon 5 bis 6000 M Miete zu bezahlen. Noch viel weniger wird dies den Rentempfanglern möglich sein. Die meisten Kriegeswidwen usw. würden nach dem Haberland'schen Vorschlag mehr Miete zahlen müssen, als sie Einkommen haben. Allerdings ist Haberlands Vorschlag in gewissem Sinne geeignet, die Wohnungsmietnot in kurzer Zeit zu beseitigen. Denn, wenn jemand sein ganzes

Einkommen dem Hausbesitzer geben muß, so bleibt ihm nichts zum Lebensunterhalt; er muß daher verhungern und macht somit eine Wohnung frei. Billiger kann allerdings die Gesellschaft nicht zu freien Wohnungen kommen. Es könnten aber auf diesem Wege leicht so viel Wohnungen frei werden, daß ein Ueberangebot entsteht und sich dann die Mieten in zehnfacher Höhe nicht aufrechterhalten ließen. Das hat auch Herr Haberland wahrscheinlich rechtzeitig eingesehen; er will sich deshalb nach einem zweiten Vorschlag auch mit der drei- bis vierfachen Miete begnügen. Er wird sich aber darüber klar sein müssen, daß auch diese nicht zum Bau neuer Häuser genügt, wenn im Wohnungswesen nach den bisherigen privatkapitalistischen Grundätzen der Rentabilität getätigt werden soll.

Die Herren Wehrens, vom Verein der Baustoffhändler, Stadtbaurat Jenzsch, Neuföllm, Hanisch, vom Reichsverband der deutschen Mauerstein, Ziegel- und Tonindustrie, fanden den Vorschlag Solerz nicht so ablehnend gegen-

Am 28. Mai ist der 21. Beitrag fällig.

über. Sie möchten diese wenigstens als vorläufigen Notbehelf gelten lassen. Im übrigen ging auch diese Vorschlagung so aus, wie viele vor ihr, das heißt ergebnislos. Den Männern, die dort versammelt waren, erscheint jede andere Regelung als auf privatkapitalistischem Wege als utopisch. Tatsächlich aber sind sie die Utopisten, denn aus den jetzigen Wohnungswesen können wir nur heraus durch die Gemeinwirtschaft.

Feuerungs- und Schornsteinmaurer.

Bekanntlich werden vom 1. Juni dieses Jahres an die Fahrpreise der Eisenbahn wesentlich erhöht. Der Fahrpreis betrug bisher in der dritten Wagenklasse für jedes Kilometer 14,8 S und wird vom 1. Juni an auf 19,5 S steigen. (Für die vierte Wagenklasse steigt der Preis von 9 S auf 13 S.) In Mündigkeit hierauf wurde mit dem Arbeitgeberverband für Feuerungs- und Schornsteinbau vereinbart, daß vom 1. Juni an das im Tarifvertrag festgesetzte Kilometergehalt statt wie bisher mit 39 S mit 44 S berechnet wird. Damit ist die Fahrpreiserhöhung ausgeglichen.

Vom Bau.

Stendal. Am 2. Mai stürzte unser Kollege Ernst Werftow von dem Neubau der Deutschen Continental-Gesellschaft (Transformatorstation), Unternehmer Witt & Wörderich, ab. Von einem Dachaufbau wollte er einen Saal Terranota holen; der Saal rief ab und der Kollege stürzte 8,20, 20 m tief herab, schlug unten auf Mauerwerk und zog sich dadurch schwere innere Verletzungen zu, an denen er starb. Auch hier fehlten, wie üblich, die Schutzvorrichtungen.

Soziale Rechtspredung.

rd. Betriebsunfall vor Eintritt der Arbeit. Eine Arbeiterin, die gelegentlich in einer Fabrik, wenn sich die Arbeit dort häufte, ausnahm, fand eines Tages, als sie von einer Besorgung nach Hause kam, einen Zettel vor, sie solle sofort in die Fabrik kommen. Das tat sie denn auch; sie besuchte sich sehr und fiel, im Fabrikgebäude angelangt, heftig die Treppe hinauf, die sie zum Arbeitsort führte, in dem sie zu arbeiten pflegte. Oben angekommen, erlitt sie, noch bevor sie die Gassir geöffnet hatte, einen Schwindelanfall und stürzte die Treppe hinunter, wobei sie sich schwer verletzte.

Es fragte sich nun, ob die Arbeiterin einen entschädigungspflichtigen Betriebsunfall erlitten habe. — Das Versicherungsamt Hamburg hat dies bejaht. Zweifellos, und Verletzungsbedeutung bereits vor, als sich der Unfall ereignete, und zweifellos handelt es sich um einen Unfall im Betriebe des in Frage stehenden Unternehmens. Die Arbeiterin ist infolge Bestellung beauftragter Vertreter des Unternehmens zur Arbeit gekommen. Es ist davon auszugehen, daß durch die Bestellung zur Arbeit und dadurch, daß die Arbeiterin der Bestellung Folge leistete, das Arbeitsverhältnis im Verletzungsbedeutungsbereich des Betriebes, als die Arbeiterin in dem Fabrikgebäude die Treppe hinaufging. Der Weg über die Treppe innerhalb des Betriebsgebäudes stand aber zweifellos im Gefahrenbereich des Betriebes. Danach liegt hier offenbar ein Betriebsunfall vor. (Versicherungsamt Hamburg, 2028/20 K.)

Bücher und Schriften.

Wie beurteilt man eine Bilanz? Von Paul Koske. Verlag Gewerkschaftliche Betriebsrätegenossenschaft, Berlin SO 16, Engelufer 15. Preis für Gewerkschaftsmitglieder 1,80 M, für Nichtmitglieder 3,60 M. Ein Lehrbuch für Betriebsratsmitglieder, und daher eigentlich für alle Arbeiter, da jeder Gewerkschafter damit rechnen muß, als Betriebsrat gewählt zu werden. Wir empfehlen die Anschaffung und halten es für zweckmäßig, wenn sich die Vereine zum allgemeinen Gebrauch einige Druckstücke zulegen.

Europa und der nächste Krieg. Von Engelbert Graf. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Nichtenau. Preis 3,20 M. Der Verfasser gibt auf 30 Seiten Text ein Bild in großen Umrissen, wie nach seiner Auffassung sich die weltpolitischen Geschehnisse in nächster Zukunft gestalten werden. Nach ihm sind es besonders die Vereinigten Staaten von Nordamerika und England, die um die Welt Herrschaft streiten. Frankreich ist gewissermaßen nur Wortführer Amerikas. Eine lesenswerte Schrift, auch für den, der nicht in allen Dingen die Meinung des Verfassers teilt.

Rasse und Judentum. Von Karl Kautsky. 2. Auflage. 108 Seiten. Verlag J. S. B. Dieb. Nachf. Preis 8 M. In dieser Auflage ist zu den 11 sehr lehrreichen Kapiteln ein weiteres Kapitel eingefügt, das den Zionismus nach dem Weltkrieg behandelt. Das Buch enthält außerordentlich reichhaltiges statistisches Material über alle Dinge, die mit dem Judentum in irgendeiner Verbindung gebracht werden können. Die Rassenlehre als Kriegsursache wird als eine Anschauung gekennzeichnet, die keiner wissenschaftlichen Kritik standhält. In der Abwehr gegen den wieder auftauchenden Antisemitismus leistet Kautsky's Buch gute Dienste. Die Proletarier aller Länder gegen nationalistische Schlagworte immun zu machen, aus dem unklar empfundenen Gefühl der Internationalität die klar erkannte Idee erheben zu lassen, das ist der tragende Gedanke des Buches.

„Hausrat“. Eine Monatschrift für Kunst im Heim. Herausgeber: Architekt Erich Behrer. Verlag Konrad Hanf, Hamburg 8, Bippelhaus 7/9. Monatlich 1 Heft. Preis vierteljährlich 5,75 M, Einzelhefte 2,50 M. Diese Zeitschrift hat sich zur Aufgabe gemacht, durch Bilder, Zeichnungen und erläuternden Text zu zeigen, wie mit einfachen Mitteln zweckmäßige, geschmackvolle und schöne Wohnungseinrichtungen zu schaffen sind. Die beiden ersten Hefte des Jahrganges 2 bringen eine Anzahl Aufsätze und bildnerische Arbeiten namhafter Künstler, die die Heimkunst zu ihrem Spezialgebiet erkorren haben. Für alle Interessenten eine empfehlenswerte Zeitschrift.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Vom 8. bis 13. Mai haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse geleistet: Auerbach 18 000 M, Arnsherg 990, Buer 6000, Brondenburg 1000, Cammin 157,40, Cästrin 1000, Drieien 18,50, Deggendorff 1000, Dortmund 81 000, Detmold 4000, Dintelsbühl 1 Bayern 500, Effen 14 000, Erding 5000, Gellert 1000, Gichtlitz 860, Gießing 8332,60, Frankenhäusen 1000, Finsterwalde 1000, Großsain 5000, Glauchau 4000, Görtlich 3000, Grevesmühlens 1000, Gardselgen 700, Garmisch 1000, Gildesheim 8000, Jänherburg 5134,64, Kaufbeuren 3000, Kolberg 500, Königsee i. Lh. 300, Kayna 1000, Körin 192,50, Karlsruhe 10 000, Lauffing 1000, Leisnig 1094,50, Laucha 500, Liegnitz 7500, Lobenitz 2000, Lufsa 1000, Lettich 304,20, Landsberg a. d. Warthe 4000, Mannheim 33 500, Mglau 1000, Mrosburg 500, Minden i. W. 5000, Münch.-Gladbach 5000, Münster i. W. 2500, Mirrow 500, Naugard 500, Neubrandenburg 2125, Neisse 1000, Oldenburg i. Holt. 1500, Paffau 3000, Pölnow 1044,90, Peine 3864,15, Paderborn 633,75, Pößneck 1000, Pyritz 964, Penlin 600, Potsdam 4300, Polzin 800, Pörzheim 4500, Ronneburg 3300, Rothenburg a. d. Zauber 500, Rosla 122,80, Rönitz 480, Rostock 3000, Renscheid 2000, Schwaan 500, Schippenbel 609,60, Stele 820,20, Senftenberg 7000, Solingen 3000, Sebnitz 2000, Schwiebus 1000, Singen 750, Sigmaringen 591,25, Schweidnitz 3000, Silze 288, Staßfurt 3000, Stralund 2000, Spratow 1000, Schneidemühl 2000, Saarmund 2000, Sangerhausen 1000, Sternberg (Frankfurt a. O.) 250, Seltz 100,20, Treprow a. d. Rega 11, Trieseb 400, Uelsen 1000, Uskar 400, Worms 3000, Wäpitz 2000, Wolbegel 400, Werben 163,10, Wittenburg 400, Wilhelmshaven 2500, Waren 600, Welterland 516,80, Zwißel 2000, Zittau 2000, Zerbst 1400.

Von hiesigander Streifenunterstützung zurück: Wismar 491,30 M, Magdeburg 28 430,95, Fenis 604.

Protokolle: Caputh 30 M, Grömitz 18, Jänherburg 300, Paderborn 60, Schippenbel 36. — Briefumschläge: Welterland 9 M. — „Grundfest“-Einkünfte: Wietzenburg 20 M, Wittenburg 40. — Verschiedene Schriften: Angerburg 15 M, Arnsherg 10, Danzig 16, Effen 17, Paderborn 7,50.

Der Vorstandsvorstand.

Zentralfrankenkasse.

Nachstehende Mitglieder, deren Namen unbekannt sind wegen rückständiger Beiträge vom Vorstand ausgeschlossen: Ludwig Adorf (66 806), Friedrich Werber (67 380), Albert Wörlein (67 065), Johann Kramer (58 601), Emil Kähler (11 899), Albert Sintel (62 298), Joseph Wirthmann (22 089) und Georg Janischschläger (32 466).

Der Vorstand: J. M. B. Themar, Vorsitzender.

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder: Weßlau, Franz Tausinna, Maurer, 39 Jahre alt. Eßln. Jakob Adler, Hilfsarbeiter, 34 Jahre alt. Christian Walbrück, Hilfsarbeiter, 20 Jahre alt. Crotzd. Gottfried Philipp, Maurer, 43 Jahre alt. Dortmund. John Kretz, Hilfsarbeiter, 55 Jahre alt. Dortmund. Lorenz Hans, Hilfsarbeiter, 21 Jahre alt. Danburg. Franz Padt, Maurer, 46 Jahre alt. Wilhelm Albers, Hammer, 52 Jahre alt. Sameln. (Singen.) Heinz Hesse, Hilfsarb., 59 J. alt. (Rixth.-D.) Karl Steker, Hilfsarbeiter, 68 J. alt. Jäpitz. Fritz Juhl, Maurer, 32 Jahre alt. Karlsruhe. Ludwig Demare, Hilfsarb., 68 Jahre alt. (Wimburg.) Josef Gerber, Maurer, 56 Jahre alt. Kollberg. Emil Henke. Wittenburg. Friedr. Rindoldt, Maurer, 76 Jahre alt. Magdeburg. (Biere) Fr. Rohmann, Maurer, 82 J. alt. Meiningen. Karl Otto Rohr, Maurer, 23 Jahre alt. Ditzsch. Georger Idmann, Maurer, 47 Jahre alt. Polzin. Heinrich Berndt, Maurer, 63 Jahre alt. Trautenstein. Joh. Wehrhach, Maurer, 64 Jahre alt. Mathias Schmid, Hilfsarbeiter, 35 Jahre alt. Ferdinand Hoff, Hilfsarbeiter, 35 Jahre alt. Joffen. Ernst Knadmann, Hilfsarbeiter, 41 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!